

Verwaltung und Schriftleitung:
Bistritz, Siebenbürgen, Marktplatz Nr. 2.
Anzeigenannahme in der Verwaltung (Marktplatz
Nr. 2). Der Raum einer einspaltigen Zeile
kostet bei 6—, bei öfterem Erscheinen Nachsch.
Handschriften werden nicht zurückgestellt.

Bistritzer

Deutsche Zeitung

Organ für völkische Interessen.



Bezugsbedingungen:
Abteilung vierteljährig mit Beilage 80—,
Beilage 75— bei; fürs Ausland mit Beilage
ohne Beilage 130— bei; ohne Zustellung
Beilage 87—, ohne Beilage 72— bei; Einzel-
nummer mit Beil. 5—, ohne Beil. 4— bei.

Dr. Heinrich Zillich
Dr. G. Schnellstrasse 4 Brasov

Gemeinsame Ausgabe der „Bistritzer Deutschen Zeitung“ und der „Sächsisch-Regener Nachrichten“. Erscheint jeden Dienstag und Freitag

19. Jahrg., 9. Nummer

Bistritz, Dienstag, den 3. Februar 1931

Verantwortlicher Schriftleiter:
Dr. Fritz Holzträger

Eine falsche Problemstellung.

Herr Hauptschriftleiter Emil Neugeboren bittet um folgendes in unserem Blatte zu veröffentlichen:

Im Schlußabsatz des Leitartikels in Nr. 7 der „Bistritzer Deutschen Zeitung“ vom 27. Januar d. J. findet sich folgender Satz: „... es ist doch alles nur ein Ausfluß des Gegensatzes, der seit zehn Jahren, wie ein Verhängnis auf unserm Volk lastet: der sachlich-persönliche Gegensatz Roth-Brandsch.“

Ich möchte hierzu die Bemerkung machen, daß es sich hier um eine grundfalsche Problemstellung handelt. Sie ist von der — Gottlob, jetzt endlich überwundenen — Mattheit unseres Volkstrates ausgestellt worden, um sich der Pflicht des energischen Eingreifens zu entziehen. Was unsere Politik hindert und lähmt, ist nicht ein „Gegensatz Roth-Brandsch“, sondern die bisher geduldete gewalttätige Disziplinlosigkeit eines Einzelnen. Sie war schon als Uebel vorhanden, als Dr. Hans Otto Roth noch Hochschüler und in der sächsischen Politik unbekannt war. Und sie wird — falls nicht der Volkstrat, wie zu hoffen ist, bei der Stange bleibt — auch vorhanden sein, wenn Hans Otto Roth morgen sein Mandat niederlegt, sich von der Politik zurückzieht und nach Amerika auswandert.

In der Formel vom „Gegensatz“ ist die eine Größe variabel; sie heißt einst Welzer, gegenwärtig heißt sie Roth und wird künftig X heißen. Sie bezeichnet denjenigen, der pflichtgemäß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit unserer Politik zu wahren trachtet. Es ist durchaus unzulässig, 50 v. H. des „lastenden Verhängnisses“ auf ihr Kerkholz zu schneiden.

Diese falsche Problemstellung hat bisher alle „Schlichtungsausschüsse“ von vorneherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Es ist hohe Zeit, sie endlich fallen zu lassen!

Emil Neugeboren (Hermannstadt).

Sehr geehrter Herr Neugeboren!

Erlauben Sie mir, daß ich auf ihre vorstehenden Ausführungen in einem der Öffentlichkeit übergebenen Brief antworte. Nicht nur, weil Sie diese Zeilen Ihrerseits mit einem an mich gerichteten Schreiben begleitet haben, sondern auch aus sachlichen Gründen. Es widerstrebt mir im Innersten, der fürchterlichen deutschen und insbesondere liebenbürgisch-sächsischen Geflogenheit zu folgen und nun, wenn ich mich auf Ihre Ausführungen beziehe, immer davor zu setzen: „der Herr Hauptschriftleiter Neugeboren“. Titel sind mir ein Greuel. Andererseits aber haben es die Auseinandersetzungen im öffentlichen, besonders aber politischen Leben mit sich gebracht, daß die einfache und aufrichtige Ansprache oder Bezeichnung „Herr“ vor dem bloßen Namen wenn noch keine Beleidigung ausdrückt, so doch deutlich erkennen lassen will, daß der so Angeprochene mindestens einige Stufen unter „uns“ stehe. Ich glaube — da wir ja beide der Sache dienen wollen — daß es am besten ist, wenn ich Sie eben mit dem einfachen „Sie“ anrede, daß die gebührende Hochachtung in dieser einfachen Form in sich tragen möge.

Die Meinungsbildung unseres Volkstrates habe ich selbst nie selbst mitgemacht d. h. nie an der Quelle erlebt, und ich erinnere mich, daß ich vor Jahren neben Stadtpfarrer Hoffstädter beinahe der einzige gewesen bin, der mit der „Mattheit“ des Volkstrates recht unzufrieden war, wenn hier bei uns über seine Sitzungen und Beschlüsse berichtet wurde. Ich will damit nur sagen, daß ich einen gewissen Abstand mir gewahrt und die Dinge mit kritischen Augen gesehen habe. Ich glaube also nicht, daß die Begriffsbildung des Volkstrates die Grundlage meiner Urteilsbildung war, das die Stellungnahme Brandschs und Roths in unserem öffentlichen Leben durch sachliche, vor allem aber durch persönliche Gegensätze bedingt werde.

Es mag gekünstelt und unsinnig klingen, wenn ich sage, daß der einzige sachliche Gegensatz zwischen beiden im verschiedenen Wesen beider liegt. Sie stehen ihrem Wesen, also innerlich so weit voneinander ab, daß sie nie zusammenkommen können. Wenn ich es im Politischen auf eine kurze Formel bringen will, so kann ich es immer wieder nur so sagen: Brandsch ist Staats-

mann, Roth Diplomat. Das mag für manchen oberflächlich klingen, es berührt aber doch die Tiefen des Wesens beider Männer. Und ich glaube, daß ich auch hier recht unbeeinflusst sehe und urteile, weil ich keinem in persönlicher Freundschaft oder Feindschaft verbunden bin, weil ich beide vor allem nach dem beurteile, was ich von ihnen in Form von Aussagen oder gehaltenen Reden gelesen, was ich aus ihrem Munde — recht selten — als Rede gehört. Ich will dabei ausdrücklich bemerken, daß ich damit nun nicht sagen wollte, als ob nun vielleicht Sie aus persönlicher Freundschaft oder Feindschaft urteilen.

Wenn Sie in Ihren Ausführungen auf die Zeiten vor dem Kriege hinweisen, so haben Sie da — dies gebe ich gerne zu — viel vor mir voraus. Ich bin erst nach dem Kriege überhaupt wieder nach vierzehnjähriger Abwesenheit ständig nach Siebenbürgen zurückgekommen und habe mich vorher nie um Politik, auch um unsere nicht, gekümmert. Ich habe dann aber folgendes erlebt: im Jahre 1919 war ich — zufällig — bei der berühmten Pfingsttagung in Hermannstadt anwesend. Sie stand im Zeichen des brüderlichen Zusammenfindens aller Deutschen Rumäniens. Ich erfuhr dort als Neuling, daß diese Möglichkeit der Tätigkeit Brandschs vor dem Kriege zu verdanken sei. Brandsch sprach dann auch in der Sitzung einige kurze Worte. (Am ergreifendsten aber war für mich das Bekenntnis eines Mannes, von dem ich erfuhr, er sei ein schwäbischer Bergmann und Sozialdemokrat. Er konnte nicht mehr deutsch, quälte sich aber mit brennenden Fragen und mißhandelten deutschen Worten zu seinem Volke durch.) Roth sprach gegen Ende. Zweierlei ist mir bis heute gegenwärtig. Der Beginn seiner Ausführungen, daß er „viel Wasser in den Wein der Begeisterung“ schütten müsse. Dann vor allem aber der Ton und die Art der Ausführungen, die mir die Frage aufsteigen ließen: Was ist das? Warum spricht der Mann so? Ich betone, daß ich damals als politisch noch recht Unbeteiligter dort saß. Ich habe es dann erlebt, daß einige Jahre darauf, Roth sich zur „Deutschen Gemeinbürgerschaft in Rumänien“ bekannte. Damals aber stand Brandsch bereits auf dem Wege zur Gemeinbürgerschaft der Minderheiten, das heißt des Zusammenschlusses der Minderheiten, um ihre Forderungen auf diesem Grunde wirksamer zu gestalten. Heute verteidigt Roth die Grundidee Brandschs und dieser steht schon wieder auf einem Posten, von dem man, nach dem Vorausgesagten beinahe mit Gewißheit voraussetzen kann, daß ihn Roth nach einigen Jahren — diplomatischer als Brandsch — einnehmen wird. Dazu kommen die Mitteilungen von Abgeordneten über die Kämpfe zwischen beiden Männern um die Führung der deutschen Parlamentspartei, die Mitteilungen über den Kampf um die Feststellung der „Tatistik“ in neuen Tagen, die in mir die Überzeugung haben werden lassen, daß es sich hier häufig nicht mehr um sachliche Behandlung von lebenswichtigen Fragen, sondern um einen aus persönlichen Gründen fliehenden Streit und Kampf handle.

Sie sprechen von einer „gewalttätigen Disziplinlosigkeit“ Brandschs. Vielleicht haben Sie recht. Denn Sie stehen den Ereignissen und Menschen räumlich näher, können also gewiß manches sehen, was mir entgeht. Sie haben auch die längere Erfahrung vor mir voraus. Haben Sie aber nie versucht, sich diese gewalttätige Disziplinlosigkeit zu erklären? Ich erkläre mir sie folgendermaßen: Wenn ein Führer in seinem Streben nach Möglichkeit ausschlaggebender Betätigung sich immer wieder in den Hintergrund gedrängt sieht, wenn er aber dabei, wie Brandsch, es erleben muß, daß seine Gedanken von einem glücklicheren Wideracher immer wieder mit einem gewissen Zeitpunkte, nachdem sie vorher bekämpft wurden, aufgegriffen und zum eigenen Vorteile benutzt werden, so muß sich in ihm der Wille zum „gewalttätigen“ Durchsetzen seiner Persönlichkeit, seiner Ideen wegen, ausbilden und schließlich in irgend einem Handeln endigen.

Ich kann also Ihrem Satze „es ist durchaus unzulässig, 50 v. H. des lastenden Verhängnisses auf ihr Kerkholz zu schneiden“ keineswegs zustimmen, muß vielmehr bei meiner Behauptung auch weiter bleiben, daß Roth und Brandsch gleichermaßen schwere Verantwortung belastet.

Ihr ergebener

Dr. Fritz Holzträger.

Aus Politik und Völkerleben.

Rumänien.

Der Wahlkampf vor den bevorstehenden Teilwahlen hat eine politische Bombe platzen lassen. Die letzte Nummer der Klausenburger „Patria“ bringt Enthüllungen des Staatssekretärs im Ministerpräsidium, Tilea, denen zufolge Marschall Averescu kürzlich eine republikanische Aktion entfalten und auch schon eine gegen den König gerichtete Flugchrift veröffentlichen wollte, die er aber dann im letzten Augenblick aus der Presse herausnahm.

Averescu habe die Absicht gehabt durch sein Vorgehen einen Druck auf den König Karl auszuüben, in der gleichen Weise, wie er im Jahre 1920 König Ferdinand gezwungen hatte, ihn mit der Regierungsbildung zu betrauen. Die königsfeindliche Haltung Averescus trete auch darin in Erscheinung, daß seine Partei noch immer nicht ins Parlament zurückgekehrt ist. Sollten diese Beschuldigungen Tileas sich bewahrheiten, so dürften die Aussichten Averescus auf eine Regierungsübernahme ein für allemal vernichtet sein.

Doch nicht nur Averescu hat in seinem Kampfe gegen die Regierung zu immer schärferen Formen sich drängen lassen, sondern auch Argetoianu und Junian haben einen neuen Ansturm auf die Regierung unternommen. In politischen Kreisen hat die zweifelhafte Audienz des Ackerbauministers Madgearu beim König zu einer Reihe von Mutmaßungen Anlaß gegeben. Eingeweihte wollen wissen, daß Madgearu dem König einen großen Wirtschaftsplan unterbreitet habe, den er als Antwort auf Argetoianus Wirtschaftsdenschrift ausgearbeitet hat und der so geheim gehalten wird, daß nur die Regierungsmitglieder je eine Abschrift erhalten haben. Unmittelbar nach der Audienz hatte Argetoianu eine lange Beratung mit Junian, der einer der Hauptvorkämpfer für die „Regierung der Persönlichkeiten“ ist. Gleichzeitig hat Argetoianu im „Curentul“ die Wirtschaftspolitik der Regierung einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Oesterreich und Ungarn.

Ministerpräsident Graf Bethlen und Vizekanzler Schober haben einen neuen Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Oesterreich und Ungarn unterzeichnet. Der neue Vertrag ist eine bemerkenswerte Ergänzung des am 10. April 1923 zwischen den beiden Ländern in Budapest abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrages. Er ist auch bedeutend umfangreicher. Der frühere Vertrag umfaßte zwei Druckseiten und vier Artikel, während der gegenwärtige einen Umfang von sechs Druckseiten und 22 Artikeln erreicht.

Einleitend wird nachdrücklich auf das bestehende Freundschaftsverhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn hingewiesen und betont, daß durch den neuen Vertrag der frühere wesentlich ergänzt werden soll. Streitigkeiten jeder Art zwischen beiden Staaten, die nicht auf diplomatischem Wege gelöst werden können, werden in Zukunft unter den in dem neuen Vertrag festgelegten Bedingungen einem gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Verfahren unterworfen, dem je nach Umständen ein verpflichtendes oder freiwilliges Vergleichsverfahren vorangehen soll. Sollte auch das schiedsgerichtliche Verfahren keine Lösung bringen, so enthält der Vertrag Bestimmungen für die Anrufung des zwischenstaatlichen Schiedsgerichtshofes im Haag.

Genf baut.

Im Jahre 1932 soll die große Abrüstungsberatung in Genf abgehalten werden. Der Völkerbundsrat hat beschlossen, die endgültige Wahl Genfs zum Sitz der Abgeordnetenkonferenz aber von der Voraussetzung ausreichender Vorbereitungen für die Unterbringung der Abgeordneten und Zeitungsschreiber und aller erforderlichen technischen Erleichterungen abhängig zu machen. Dieser Beschluß hat die Behörden und in erster Linie die privaten Kreise veranlaßt, sich sogleich eifrig an die Vorarbeit zu begeben. Man hat einen Ausschuß eingesetzt und einen großzügigen Plan aufgestellt, um möglichst bald den Beweis zu liefern, daß Genf der gewaltigen Aufgabe gewachsen ist, die größte zwischenstaatliche Beratung zu beherbergen, die bisher veranstaltet worden ist. Die Verhandlungen mit den Verkehrsbehörden zur

Sicherung aller nötigen Erleichterungen des Eisenbahn- und Luftverkehrs, der telephonischen und telegraphischen Verbindung sind eingeleitet. Für die zahlreichen Ausschüsse, die von der Versammlung voraussichtlich eingelegt werden, stehen in der Stadt 32 Säle zur Verfügung. Ferner ist der Bau einer Anzahl siebenstöckiger Wohngebäude vorgesehen, die 280 Wohnungen von zwei bis drei Zimmern mit Bad enthalten. Die Wohnungen sollen mit aller Bequemlichkeit ausgestattet und es soll eine Garage für 180 Autos errichtet werden. Die Bauten sollen in aller Kürze in Angriff genommen werden. Die Gebäude werden neben dem Parc de la Grange am Seeufer gegenüber dem Völkerbundgebäude errichtet, und es soll ein Hafen angelegt werden, von dem aus ein regelmäßiger Motorbootverkehr mit dem gegenüberliegenden Ufer unterhalten werden soll.

Versammlung in Steuerangelegenheiten.

Die für den 2. Februar in den großen Saal des Hotel Zentral einberufene Versammlung war sehr gut besucht. Die Sitzplätze reichten nicht aus, ringsum standen die Teilnehmer. Es mögen gegen 500 Teilnehmer erschienen sein. Die Versammlung eröffnete Spenglermeister von Bregman, der in seinen einleitenden Worten auf den Zweck der Versammlung hinwies und den Vorschlag machte, Herrn Direktor Gheorghe Avram zum Leiter der Versammlung zu wählen, was einstimmig angenommen wurde. Direktor Avram dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen und führte in längerer Rede die Ursachen für die Wirtschaftskrise an, die unser Komitat besonders schwer trifft. Einmal weil wir von den großen Verkehrsadern abseits liegen, dann weil ein großer Teil der Bevölkerung sich hauptsächlich mit Holzproduktion, Viehzucht und Bodenbau befaßt und diese Erwerbszweige vollständig darniederliegen. Die Kaufkraft von 70 Prozent der Bevölkerung unseres Komitates ist somit gleich Null und daher nur verständlich, wenn Handwerker und Kaufleute für ihre Waren keinen Absatz finden und dem Ruin entgegengehen. Erschwerend kommt noch hinzu, daß auch die Gehälter der Beamten bedeutend reduziert und die Geldzirkulation auch hierdurch unterbunden wurde. Es müsse der Staat helfend eingreifen, wenn die Steuerkraft nicht ganz erlahmen solle — zum Schaden auch des Staates.

In denselben Gedankengängen bewegten sich auch die Ausführungen Kaufmann Maroschers und des Bankbeamten Befe, in deutscher und ungarischer Sprache. Der Vorstand des rumänischen Gewerbevereines Archidean verlas ein Guldigungstelegramm an den König, das sofort abgefaßt werden soll. Es schilderte dann noch Leon Borsja die traurige Lage unseres Gewerbe- und Handelsstandes. Bei dem großen Reichtum unseres Landes an Bodenschätzen müsse es durch Zusammenarbeit der regierenden Kreise und der Bevölkerung möglich gemacht werden, das Land einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Direktor Avram wies dann auf die Möglichkeiten, die zur Gesundung des wirtschaftlichen Lebens führen können, hin. Vor allem müsse der Staat trachten, ein großzügiges Zirkulationsgeleitz zu schaffen, dann müsse durch Notstandsarbeiten wie Bauten, Straßenregulierungen usw. den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeit geschaffen und so die Kaufkraft der Bevölkerung im allgemeinen erhöht werden. Weiters müsse der Staat Handwerkern und Kleinfabrikanten billige Darlehen verschaffen, da der Bankzinsfuß viel zu hoch sei. Als sofortige Maßnahme zur Linderung der bedrängten Lage der Handwerker und Kaufleute müsse der Staat die Steuern herabsetzen. Es ginge nicht an, daß diese Berufsgruppen für das Jahr 1931 die Steuern in derselben Höhe entrichten sollten wie im Vorjahre. Der Umsatz sei um ein Bedeutendes zurückgegangen, ebenso die Preise der Waren. Da der Staat seinen Kostenvoranschlag für das Jahr 1931 von 37 auf 32 Milliarden herabgesetzt habe, wäre es nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn auch die Steuern in diesem Verhältnis vermindert würden. Die Steuereintreibungen müßten in humaner Art vor sich gehen und vor allen Dingen dürften nicht die gepöndelten Gegenstände, wie es oft vorkomme, weit unter ihrem Werte verkauft werden.

Alle diese Fingerzeige waren in einem von allen in Betracht kommenden Vereinen gemeinsam ausgearbeiteten Beschlußantrag niedergelegt worden, den Vorstand Archidean in rumänischer, Kaufmann Wagner in deutscher und Direktor Befe in ungarischer Sprache vorlasen. Er lautet:

Antrag.

1. Rumänischen Gewerbevereines
2. Sächsischen Gewerbevereines
3. Kulturvereines ungarischer Gewerbetreibender
4. Vereines der Kaufleute von Bistritz
5. Vereines der Kleinindustriellen

aus Bistritz, die sich zwecks Untersuchung der durch die gegenwärtige Krise hervorgerufenen allgemeinen Lage am 2. Februar 1931 um 11 Uhr vormittags im Saale des Zentralhotels versammelt haben, stellen fest, daß

Unsere am Fuße der Karpathen, an der Grenze zwischen der Bukowina und Siebenbürgen gelegene Stadt, mit ihren primitiven Verkehrsstraßen, einen von der großen Welt abgeschiedenen Verkehrsmittelpunkt bildet, wo auch in normalen Zeiten Handel und Gewerbe stets mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten.

Die Erwerbsquellen der Bevölkerung dieses Komitates, bestehend aus Waldbau, Viehzucht und in kleinerem Maße aus Landwirtschaft, sind versiegt, der Waldbetrieb

ist eingestellt und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse können nicht verwertet werden.

Infolge dieser Umstände sind Handel und Gewerbe, die sich auf die Einnahmen der erwähnten Erwerbsklassen stützen, in eine recht verzweifelte Lage geraten.

Der Fiskus, der diese zwei Erwerbszweige unseres Wirtschaftslebens durch Auswerfung aller Art von Komitats-, Staats- und Gemeindesteuern belastet, hat hierdurch in großem Maße Handel und Gewerbe unterdrückt. Ein großer Teil der Gewerbetreibenden und Kaufleute haben ihre Gewerbebetrieufe zurückgelegt, die Uebrigbleibenden können die öffentlichen Lasten nicht mehr tragen und sehen ihrem Untergang entgegen.

Denn diejenigen, die ihre Gewerbebetrieufe zurückgelegt haben, werden im Geheimen weiterarbeiten und hierdurch die Uebrigbleibenden in eine noch unerträglichere Lage bringen, so daß dieselben nicht mehr im Stande sein werden, die öffentlichen Lasten zu tragen.

Die Arbeitslosigkeit, bisher in unserem Komitate ein unbekannter Begriff, ist eine der wichtigsten Fragen geworden, die zu lösen sind.

Aus diesen Gründen bitten wir den Herrn Präsidenten des Ministerrates, des Industrieministeriums und des Finanzministeriums im Wege der Komitatspräfektur, der Finanzdirektion und der Handelskammer, sie mögen Verfügungen treffen,

daß eine intensivere Ausnützung der vorhandenen Mittel geschaffen werde, die einen besseren Güterverkehr hervorrufen kann, als da sind die Unterstützung der Bautätigkeit und Förderung öffentlicher Arbeiten;

daß billige Darlehen in entsprechender Höhe den Kleinindustriellen und Kaufleuten gegeben werden mögen; vor allem anderen, daß die Staats-, Komitats- und Gemeindesteuern entsprechend der Reduzierung der Beamtengehälter und des Staatskostenvoranschlags herabgesetzt werden, und daß ein würdiges Vorgehen bei Eintreibung der Steuern eingeführt werde, wobei Rücksicht zu nehmen ist auf die tatsächliche Zahlungsfähigkeit des Steuerzahlenden und daß bei Vizitationen die gepöndelten Gegenstände nicht unter einem gewissen Minimalpreis verkauft werden.

Es sprachen noch Goldarbeiter Sturm und Tischler Reßler kurz, Schuhmacher Avram in längerer, oft sehr treffenden Ausführungen zu dem Gegenstande, worauf der Beschluß aufgenommen wurde.

Hierauf dankte Vorsteher der Versammlung für das zahlreiche Erscheinen, ebenso für den würdevollen Verlauf und schloß sie mit dem Bemerkten, daß es, wie er höre, das erstemal der Fall sei, daß sich Handwerker und Kaufleute ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit und des Glaubens zur Wahrnehmung ihrer Interessen gemeinsam zusammengefunden hätten. Es sei ein schönes Zeichen gegenseitiger Duldbarkeit und nur auf diesem Wege könne man etwas erreichen.

Aus Bistritz.

Auszeichnung. Prof. Dr. Gustav Riisch (Klausenburg) ist durch Se. Majestät den König mit der Medaille „Rasplata muncii“ erster Klasse ausgezeichnet worden.

Achtung Volksschullehrer! Die Bücherabgabe der neuangeworbenen Bücher erfolgt Dienstag, den 3. Februar, von 12—13 Uhr in der 3. Volksschulklasse der ev. Mädchenschule. Die Leiterin der Bücherei.

Ademische Vereinigung. Die Mitglieder der Ademischen Vereinigung werden zu der am Mittwoch, den 4. d. M., abends halb 9 Uhr, im Speisezimmer des Gewerbevereines abzuhaltenden Versammlung höflichst eingeladen.

Feuerwehrbericht. Allen Herren Kameraden zur gefl. Kenntnisnahme! Die Winterschulen beginnen Donnerstag, den 12. Februar l. J., abends halb 9 Uhr, auf dem Hauptsaal und werden an jedem Donnerstag, d. i. am 19. und 26. Februar, am 5., 12., 19. und 26. März, und am 2. und 4. April 1931 fortgesetzt. Sie sind für jeden Chargierten und Kameraden des Korps verpflichtend und pünktlich zu besuchen. Vortragsfolge in dem Hauptfeuerhaule. Mit Wehrmannsgruß das Kommando.

Achtung Milchbauern! Es ist Aussicht vorhanden, in Bistritz eine Käseerei einzurichten, die bedeutende Mengen an Vollmilch verarbeiten wird. Es werden darum die Milchbauern der Stadt aufgefordert, in der Verkaufshalle des Bistritzer landw. Bezirksvereines (Marktplatz) bekannt zu geben, wie viel Liter Vollmilch sie täglich der zu errichtenden Käseerei liefern könnten. Die Anmeldung ist einstweilen nötig, um einen Ueberblick zu haben. Alles Nähere wird später bekannt gegeben. Die Leitung des Bistritzer landw. Bezirksvereines.

Kostümiertes Tanzkränzchen des B. L. B. Das kostümierte Tanzkränzchen des Bistritzer Turnvereines findet am 7. Februar 1931 im großen Saale des Gewerbevereinsgebäudes statt. Die Einladungen sind bereits ausgetragen worden, doch sind Versehen trotz größter Vorsicht leider nicht zu vermeiden. Wir ersuchen deswegen alle jene, die aus einem solchen Versehen keine Einladung erhalten haben sollten, diese bei der Leitung des B. L. B. anzufordern. Freunde und Gönner des Vereines, insbesondere die Pfarrherren und Lehrer vom Lande, sind auch auf diesem Wege herzlich eingeladen. Der Tanz beginnt pünktlich um 9 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt je Person Lei 50.—. Karten können im Vorverkauf bei dem Vereinssekretär, Herrn F. Milltm, Spitalgasse, oder bei der Abendkasse gelöst werden. Unter den Galerien werden Tische gedeckt. Die Tanzpausen werden mit unterhaltenden Darbietungen ausgefüllt, so daß der Abend

in jeder Beziehung zu gelingen verspricht. Kostümiertes Erscheinen ist gewünscht, doch kein Kostümwang. Die Masken benötigen bei Eintreffen die Treppe und den Saal des Gehilfenvereines, der aus Gefälligkeit überlassen worden ist.

F. Kelp, Vorst.

F. Weigel, Schriftf.

Aus Sächsisch-Regen.

Schauturnen. Der Sächsisch-Regener Turn- und Sportverein veranstaltet Sonnabend, den 7. Februar l. J. sein übliches Winterturnen und zwar mit folgenden Darbietungen: 1. Eröffnungsmarsch. 2. Lichtgebet. 3. Bodenturnen (Turnerinnen). 4. Körperkultur (Jungturner). 5. Soldaten als Marionetten. 6. Hochred (Turner). Pause. 7. Lebende Bilder. 8. Rhythmische Turnen. 9. Hampelmannertanz mit Schinellen. Preise der Plätze 60—30 Lei.

Die Grippe hat in der abgelaufenen Woche auch in unserer Stadt ihren Einzug gehalten und breitet sich immer mehr aus. Groß und Klein wird von ihr befallen und in vielen Häusern liegen alle Familienmitglieder krank darnieder. Die Grippe ist bis jetzt nicht bösartig aufgetreten.

Verschiedenes.

*Unter den vielen Abfahrmitteln ist es schwer das Beste zu treffen. Ein einziger Versuch wird Sie davon überzeugen, daß Artin Dragées das Mittel der Wahl ist. 12

Der Barbier des „ungekrönten Königs“. Gandhis symbolischer Marsch durch die Dörfer, mit dem er die passive Widerstandsbewegung gegen die britische Regierung einleitete, hatte seine Sache auch bei den Armen Indiens so populär gemacht, daß er Hilfe aus völlig unerwarteten Quellen erhielt. — Ein Hauptpunkt in Gandhis Feldzugsplan ist der Boykott aller Stoffe englischer Herkunft, als deren Ersatz das „Khadi“, das indische handgesponnene und handgewebte Tuch, wieder verbreitet werden soll. Damit das Programm auch wirklich durchgeführt werden konnte, haben zuerst einmal die Mahantanten und kleinen Wäcker ihre bereitwillige Unterstützung zugesagt. Ihre Vereinigungen nahmen Entschlüsse an, daß sie nicht länger schmutzige Wäcker englischer Abkunft waschen wollten, sondern sie ihren Kunden ungereinigt wiedergeben würden. Schneiderinnungen beschloßen, keine Kleider aus englischen Tüchern mehr zu nähen, Kulis schworen, daß sie keine Stoffballen aus England mehr aus den Schiffen aus- und in die Waggons einladen würden. — Aber die Liste von Gandhis Helfern sollte sich noch verlängern. Vor kurzer Zeit wurde der Fall eines Friseurs bekannt, der ein eifriger Gandhi-Anhänger ist und auf seine Art auch etwas zum Gelingen des großen Freiheitskampfes beitragen wollte. Als er eines schönen Morgens das Haupt eines seiner besten Kunden zu der bekannten elfenbeinfarbenen Kugel kahl zu rasieren im Begriff war, bemerkte er plötzlich, daß sein Kunde zwar vorchriftsmäßig ein Khadi-Hemd und auch einen Khadi-Kragen trug, daß aber sein „Dhoti“, sein langer Rock, unzweifelhaft schon Manches gesehen hatte. Als er genau die Hälfte des Hauptes seines Kunden kahl rasiert hatte, hörte er plötzlich auf und weigerte sich, in seiner Arbeit fortzufahren. Und dem erstaunten und peinlich betroffenen Kunden erklärte er, rasiert würden bei ihm nur Herren, die in Khadi gekleidet seien, und da des Kunden Kleidung nur teilweise aus Khadi bestehe, so könne ein prinzipiengetreuer Barbier ihn auch nur in dem gleichen Verhältnis rasieren.

*Bevor Sie vom Hause weggehen, nehmen Sie eine Anacot-Pastille in den Mund, damit Sie sich vor den Unannehmlichkeiten des Wetters schützen. Preis einer Phiole Lei 37.—. 6

Der 6. Mädchenlehrgang des Kaiserfahnenhauses in Hermannstadt. Dreieichenstraße 5, findet vom 8. Ostermonds (April) bis 5. Heuers (Juli) 1931 statt. Die Kosten betragen insgesamt 6000 Lei. Nähere Aufklärungen in der Schriftleitung unseres Blattes.

Vom Leben unserer Landsleute in Wien. Am 23. Jänner 1931 fand in Wien die Einäscherung des Zentralfriedhofes Josef Breitenstein, des 2. Obmannes des Vereines der Siebenbürger Sachsen in Wien, statt. Seit Jahrzehnten in Wien lebend, war er in völkischen Kreisen eine außerordentlich bekannte Persönlichkeit, allgemein beliebt und gerne gesehen. Im Vereine der Siebenbürger Sachsen in Wien war er mehrmals 1. Obmann und wurde für seine Verdienste zum Ehrenmitgliede ernannt. Am 17. Jänner fand wie alljährlich in den Feiertagen des Militärkasinos der Ball des Vereines der Siebenbürger Sachsen in Wien statt. Nicht nur die Wiener sächsische Kolonie war stark vertreten, sondern auch zahlreiche landsmännliche Vereine, darunter die Burgenländer und Banater Schwaben, hatten Abordnungen geschickt. Die in Wien studierenden Hochschüler aus Siebenbürgen waren aber vollständig erschienen und mit ihnen Vertreter zahlreicher Hochschul-Burschenschaften, Vereinigungen und Verbindungen, deren bunte Mägen das lebhafteste Bild noch farbenprächtiger gestalteten.

*Zu Frühstück und Jause Dogmatine stärkt die Nerven und verleiht Kraft. 17

Anna Pawlowa †. Im Haag starb im Hotel des Indes an den Folgen einer Brustfellentzündung Anna Pawlowa. Wenn Schönheit, Reichtum und Genie die Gipfel des Lebens ausmachen, so ist diese Tänzerin auf

Verwaltung und Schriftleitung:
Hilf, Siebenbürgen, Markplatz Nr. 2.
Ergänzungsbeilage in der Verwaltung (Markplatz
Nr. 2). Der Raum einer einseitigen Beilage
kostet bei 1.—, bei öfterem Erscheinen Nachlag.
Handschriften werden nicht zurückgeschickt.

Bistriker

Deutsche Zeitung

Organ für völkische Interessen.

Gemeinsame Ausgabe der „Bistriker Deutschen Zeitung“ und der „Sächsisch-Regener Nachr.“

20. Jahrg., 38. Nummer

Bistritz, Freitag, den 20. Mai 1932

Mit Bilderbeilage Nr. 21

erscheint jeden Dienstag und Freitag

Verantwortlicher Schriftleiter: Ernst Zifeli

Die Selbsthilfe. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung.

Die Erörterung und Stellungnahme zu den politischen Fragen der Gegenwart nehmen in den letzten Wochen und Tagen in unserem Volke Formen an, die jeden mit großer Sorge erfüllen müssen. Hervorgehoben wurde diese gereizte Stimmung, seit die Selbsthilfe ein eigenes Blatt herausgibt, das vollkommen nationalsozialistisch eingestellt ist. Womit schon ausgedrückt ist, daß jeder, der dieser Bewegung aus politischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen ablehnend gegenübersteht, als „unnational“ hingestellt und ins Gefegfeuer verdammt wird. Wer innerhalb eines Jahres die nationalsozialistischen Lehren „erkennt, bekennt und (seinen früheren Irrglauben) bereut“, „weisen Sie innerhalb eines Jahres von der Umnebelung pseudokapitalistischer Gedanken befreit wird und sich in die gleiche Geistigkeit erhebt“, auf der die Selbsthilfe steht, dem wird volle Absolution erteilt, er wird gnädig in die Selbsthilfe aufgenommen. Was mit denjenigen geschehen soll, die innerhalb eines Jahres nicht „erkennen und bekennen“, wird allerdings nicht verraten. So heißt es ungefähr in ihrem Programm.

Es ist nur natürlich, daß solches und ähnliches Gerede starken Widerspruch hervorruft und die Zeitungs-polemiken kein Ende nehmen. Der letzte Streit entstand, als bekannt wurde, daß der Führer der Selbsthilfe noch im März vorigen Jahres mit Cuga, dem Vertreter des christlich-völkischen Schutzbundes, eigenmächtig ein Wahl- abkommen getroffen hatte. Hiergegen nahm der Burgen- ländler sächsischer Kreisausschuß öffentlich energische Stellung und forderte die Einberufung des Volksrates. Die Stel- lungnahme des Kronstädter Kreisausschusses wurde in der Kronstädter Zeitung, dem Tageblatt und in unserer Zeitung gebracht. Hierauf antwortete die Selbsthilfe im Tageblatt mit sehr großen und vielen Worten, gab auch das geschlossene Übereinkommen zu, das aber nach ihrer Auffassung unserem Volke zum Wohle gereichen wird. Die Aufdeckung des Übereinkommens ist ein Attentat gegen ihre Bewegung.

I.

Um zu einem Verständnis und damit zu einer Beurteilung der von der Selbsthilfe propagierten national-sozialistischen Bewegung zu kommen, müssen wir uns vor allen Dingen die gesamteuropäische Politik vor Augen halten. Wir finden da zwei Hauptströmungen, von denen die eine oder andere in nächster Zeit wohl die Oberhand gewinnen wird. Die eine Richtung erstrebt die Diktatur, huldigt dem bedingungslosen Führerprinzip, die zweite steht auf dem Boden der Demokratie, von der sie sich bei allmählicher voller Anwendung derselben für die Menschheit ein besseres Dasein erhofft. Die erstere Rich- tung zerfällt in zwei Gruppen, die sich einander aufs heftigste bekämpfen: die bolschewistische Diktatur, die das kapitalistische Wirtschaftssystem ausrotten will, in nation- aler Beziehung jedoch tolerant ist — und die nationale Diktatur, wie sie sich bei den italienischen Faschisten äußert und von den deutschen Nationalsozialisten und ähnlichen Organisationen in fast jedem Lande erstrebt wird. Für jede Volksminderheit im allgemeinen und für uns im besonderen kann eine Diktatur nie dienlich sein. Die bolschewistische nicht, weil der plötzliche gewaltsame Übergang von einer Wirt- schaftsform in die andere, mag sie noch so ideal gedacht sein, mit ungezählten Seiden verbunden ist, die nationale nicht, weil durch dieselbe der Bestand jeder Minderheit auf das schwerste gefährdet wird. Wir können dies als Volksminder- heit viel objektiver beurteilen als ein Staatsbürger in einem geschlossenen völkischen Siedlungsgebiet. Bei einer nationalen Diktatur sehen wir mit Entsetzen, wie der in den politisch äußerst rechts stehenden Organisationen zum Ausdruck kommende Nationalismus den Minderheiten das Leben zur Plage macht und den Völkern ins Maßlose schürt. Einige Beispiele:

In Italien werden die deutschen, slowenischen und kroatischen Minderheiten mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Es gibt nur italienische Schulen, selbst der fremdsprachige Hausunterricht ist verboten, die Ortsnamen dürfen nur italienisch gebraucht werden, es dürfen keine Plakate in einer anderen als der Staatssprache gedruckt werden. Selbst auf alten Grabsteinen müssen die alten Inschriften ausgekratzt und durch italienische ersetzt werden. Den Minderheiten ist jede sportliche Betätigung und gruppenweises Wandern verboten. Eine Kulturschande, die mit den kindlichen Ausläufern der deutschen Nationa- listen, es werde anders werden, wenn Deutschland „brav“ sei und mit Italien ein Bündnis abschließe, nicht aus der Welt geschafft werden kann.

In Frankreich war Außenminister Briand bei den Nationalisten der bestgehaßte Mann, „weil er den Deutschen zu viel Zugeständnisse machte.“ Als im Januar die Sozialisten gegen die Militärkredite stimmten, waren seitens der Nationalisten maßlose Beschimpfungen die Antwort. Als die Sozialisten die Streichung aller Kriegs- schulden und Beschränkung der Reparationen auf den Ertrag der in den Kriegsgebieten Zivilpersonen zugefügten materiellen Schäden forderten, wurden sie als Vater- landsverräter, als Bundesgenossen der Deutschen hinge- stellt. Diesen Haß bei den Extremnationalisten gegen alles Fremde sehen wir in allen Ländern, wo die Be- wegung größere Ausmaße angenommen hat. Die um die „Legion Nationale“ gruppierten belgischen Nationalisten bläsen in genau dasselbe Horn.

In Prag wurden im Vorjahre von tschechischen Nationalisten die Fensterhebeln deutscher Gast- und Kaffeehäuser und Geschäfte eingeschlagen und die Deut- schen verprügelt. In Posen-Pommern wurde die Ab- haltung des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache in öffentlichen Schulen verboten, im halbfaschistischen Gesamtpolen haben es die Deutschen nicht viel besser wie in Italien. Im Zeichen des Nationalismus wurde der Rigaer Dom enteignet, spielen sich im Memelland die Gewaltakte gegen das überwiegend deutsche Volk ab. In Ungarn wurden bei den vorjährigen Wahlen drei Na- tionalsozialisten (ebredő magyarok) in das Abgeordnete- haus gewählt, das von der reichsdeutschen national- sozialistischen Presse mit großer Freude in die Welt po- launt wurde. Der Hauptkampf für die Namensmagyari- sierung wird von dieser nationalsozialistischen Gruppe geführt. Jeder Deutsche, der seinen ehrlichen Namen nicht in einen ungarischen umtaufen lassen will, ist ein Vater- landsverräter, er wird wirtschaftlich und gesellschaftlich boykottiert. Sollen wir auch von Rumänen sprechen? Ich glaube es erübrigt sich. Wir spüren und lesen es in den Zeitungen fast täglich, was die nationalsozialistischen Parteien gegen uns im Schilde führen. Bei den deutschen Nationalsozialisten sind die Führer der Parteien unserer größten Gegner, die Herren Cuga und Codreanu, ehren- werte Männer, denen die Regierung Knüttel zwischen die Beine wirft.

Die deutschen Nationalsozialisten betiteln die in Deutschland lebenden Minderheiten mit „Totfeind“, Wasserpolladen, Ostgalizianer, Dreckjuden und laufen gegen die sehr liberalen Schulverordnungen in Preußen Sturm.

Aus diesen Beispielen, die sich ins Unendliche fort- setzen lassen, erkennen wir, daß der Begriff „Nationalismus“, wie er heute in Anwendung ist, mit der naturgegebenen, selbstverständlichen Liebe zu seinem Volke nichts, aber auch gar nichts gemein hat. Nationalismus be- deutet heute Vergottung des eigenen Volkes, Ueberheb- lichkeit, Haß gegen alles, was nicht zum eigenen Volke gehört.

Es leben heute in Europa 61 Millionen Minder- heiten einschließlich Rußland, ohne Rußland 50 Mil- lionen. Die deutschen Minderheiten werden in der ganzen Welt auf über 30 Millionen geschätzt. Man stelle sich nun vor, was diese Minderheiten zu erdulden hätten, wenn die faschistisch-nationalsozialistische Richtung in der Welt die Oberhand gewinnen würde. Es ist ja ganz schön, sich für die „Erneuerungsbewegung“ in Deutsch- land zu begeistern, wenn sie eben nur dort existierte. Sie ist aber überall, in jedem Lande; hier heißt der Führer Mussolini, dort Hitler, in Frankreich Marin, in Ungarn Gömbös, bei uns Codreanu usw. Der eigene völkische Erhaltungstrieb muß uns doch sagen, daß wir und alle Minderheiten von dieser sogenannten Erneue- rungsbewegung nichts zu erhoffen, aber alles zu ver- lieren haben. Alle Volksminderheiten und somit auch wir können nur gedeihen und uns entwickeln in einer At- mosphäre gegenseitiger Duldung, in einem auf demo- kratischer Grundlage aufgebauten Staatswesen, wo das freie Wort, die Freiheit der Presse gestattet ist und die geistigen und materiellen Entwicklungsmöglichkeiten aus nationalen Gründen von dem Staatsvolke nicht gehemmt werden.

II.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen wollen wir uns nun unserer heimischen Bewegung widmen. Die Leiter unserer Selbsthilfe stehen auf dem Boden des deutschen Nationalsozialismus, sprechen von der „Demo- kratie“ nur unter Fragezeichen, huldigen dem in dieser

Bewegung zum Ausdruck kommenden Führerprinzip. Das heißt sie verneinen grundsätzlich alle Persönlichkeits- rechte zugunsten einer nationalen Staats- oder Volksau- torität. Das bedeutet Ersetzung des parlamentarischen Regierungssystems durch die Diktatur, verbrämt durch ein politisches und wirtschaftliches, jedoch nur beratendes Scheinparlament (Ständeparlament), da die ausschließliche Macht in den Händen des Diktators liegt, Aufhebung der Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, For- derung nach Autarkie, das heißt Selbstversorgung jedes Volkes innerhalb des eigenen Volkstreffes. Das heißt weiter Unterstützung der extremnationalen Parteien, die in Cuga und Codreanu (der rumänische Hitler) ihre Füh- rer haben, damit sie zur Macht gelangen und die nation- ale Diktatur ausrufen können. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet ist der Pakt zwischen Fabritius und Cuga etwas ganz Natürliches. Das Deprimierende bei dieser Sache ist nur, daß dieser Pakt vor längerer Zeit geschlossen wurde, ohne daß von uns jemand Kenntnis davon erhielt. Die Herren der Selbsthilfe sind doch sonst nicht so be- scheiden. Die geringste Angelegenheit wird zu einer großen Sache aufgebauscht. Nun wird ein hochpolitischer Akt abgeschlossen und ihre Zeitung bringt, statt hierüber So- fiana zu rufen, kein Wort darüber. Die rumänischen Blätter decken das Übereinkommen auf, die Selbsthilfe schweigt. Das Tageblatt und die Kronstädter Zeitung übernehmen die Nachricht, erklären sie als Singspiel, als absurd, die Selbsthilfe schweigt noch immer. Endlich nach mehrerem Drängen gibt sie es halb und halb zu, erklärt jedoch die Sache als aufgebauscht. Als endlich der Text der Abmachung vollständig veröffentlicht wird, wird die Sache seitens der Selbsthilfe als großer Erfolg hingestellt, sodaß wir den Herren eigentlich noch zu Dank verpflichtet sind. Sie dreht einfach den Spieß um und macht uns Vorwürfe, daß wir ihr Knüttel zwischen die Beine werfen. Sie bucht es als besonderen Erfolg der Selbsthilfe, die radikalste der rumänischen Parteien für ihre (der Selbsthilfe) Anschauungen gewonnen zu haben.

Wir haben schon bis jetzt seitens der Regierungs- gewalt unter den verschiedensten „nationalen“ Maßnah- men genug zu leiden gehabt. Nun war aber bis jetzt jede Regierung den Parteien Cugas und Codreanus viel zu wenig national. Nach Cuga sind doch an der Krise in Rumänien hauptsächlich die „Fremden“ schuld, ein Abgeordneter der Codreanupartei forderte im Herbst in öffentlicher Parlamentsrede, daß Grund und Boden in Rumänien nur Rumänen gehören solle. Auf dem be- rühmten Studentenkongreß in Hermannstadt sagte doch Codreanu von der Rednertribüne, daß die Minderheiten in Rumänien nur dann das Recht haben zu leben, wenn genügend Brot auch für sie vorhanden ist, wenn nicht, müssen sie fort. Der Kongreß forderte die Eroberung unserer Städte, klagte, daß die nationale Wirtschaft nicht genügend Fortschritte mache, forderte einen Ständestaat mit nationaler Tendenz, daß nur ein nationaler Staats- bürger politische Vollrechte haben solle, weiters eine scharfe nationale Politik. Mit einem Wort, sie forderten genau daselbe, was die Nationalsozialisten in Deutsch- land fordern. Und es geschah das für unsere Begriffe Unfassbare, daß der reichsdeutsche Vertreter Hitlers nach diesen Haßreden seinen Gefinnungsgenossen Codreanu nach dessen Rede vor der ganzen Zuhörerschaft umarmte. Mit den Vertretern solcher Anschauungen werden seitens der Selbsthilfe hinter dem Rücken des Volksrates Bünd- nisse geschlossen, denen will die Selbsthilfe zur Macht verhelfen. Wir können bei der noch von Glück sagen, daß wir keine „nationalen“ Regierungen ähnlich wie in Italien, Polen, Jugoslawien usw. hatten, wo es die Minderheiten ungleich schlechter haben als wir. Nun soll unser Volk als Minderheit den Herren, die eine nation- ale Diktatur herbeiführen, zur Erreichung der Macht die Steigbügel halten! Kann man sich etwas Wider- sinnigeres vorstellen?

III.

Wir gehen nun auf die Tätigkeit der Selbsthilfe auf innervölkischem Gebiet über. Da müssen wir vor al- lem Verwahrung dagegen einlegen, wie das Organ der Selbsthilfe zu der offiziellen Politik des Mutterlandes Stellung nimmt. Wir haben kein Recht die innen- und außenpolitischen Maßnahmen der jeweiligen deutschen Regierung in einer Weise der Kritik zu unterziehen, wie es die Selbsthilfe tut. Deutschland hat nach dem verlorenen Weltkrieg an Aufbauarbeit Bewunderungswürdi- ges geleistet. Es hat trotz der verheerenden Wirkung der

Weltkriege, die es als Industriestaat besonders schwer trifft und trotz der aufgezwungenen und bis Mitte des Vorjahres eingehaltenen Reparationsverpflichtungen ziemlich geordnete Verhältnisse. Es bezahlt keine Beamten, Pensionisten, Kriegswitwen und -Waisen, wenn nicht am ersten, so doch in den ersten Tagen jeden Monats im vorhinein, es bezahlt seinen Lieferanten pünktlich, es gibt den Arbeitslosen Unterstützung, hat eine ausgezeichnete soziale Fürsorge, der Lebensstandard, besonders der Arbeiter, ist ein bedeutend höherer wie bei uns, kurz, es sind dort Verhältnisse, hinter denen wir weit, weit zurückstehen. Trotzdem wagt es das Selbsthilfeblatt, über die deutsche Regierung in einer Weise herzufallen, daß einem oft die Schamröte ins Gesicht steigt. Nach der Selbsthilfe sind alle Deutschen, die nicht auf den Nationalsozialismus schwören, Novemberverbrecher, volkszerstörende Marxisten, schwarze Vaterlandsfeinde, die nach dem Vatikan schießen, erbärmliche Pazifisten, Defaitisten und Spießer. Die Umwelt um den Nationalsozialismus ist entmenscht und ehrvergeßlich. Was bei uns aus Unstabilität gründen keine fremde Zeitung wagt, nämlich das offizielle Deutschland in dieser Weise herunterzusehen, tut ein auslanddeutsches, sich national nennendes Blatt. Rumänien ist doch ein Siegerstaat. Wie es trotzdem mit den Verpflichtungen des Staates seinen Beamten und Lieferanten gegenüber auskommt, weiß die Selbsthilfe doch auch. Es gehört kein besonderer Mut dazu seine Giftspitze aus dem sicheren Hinterhalt auf das Deutsche Reich loszuschicken. Warum bringt die Selbsthilfe diese Mordurage nicht auch hier auf, dem eigenen Staate gegenüber?

Dieselbe Meinung, die die Selbsthilfe von den nicht nationalsozialistisch eingestellten Reichsdeutschen hat, hat sie natürlich auch von uns. Wer nicht Mitglied der Selbsthilfe ist oder werden will, ist nicht national genug, wer nicht für sie, ist gegen sie. Dieselbe Ueberheblichkeit derselbe anmaßende Ton, wie wir ihn bei allen extremnationalistischen Parteien beobachten. Was andere tun oder bis jetzt getan haben, zählt überhaupt nichts. Selbstlob ist eines ihrer hervorstechendsten Merkmale. Immer wieder hören wir, was die Selbsthilfe schon geleistet hat. Sie steht auf dem Boden des Nationalsozialismus, ohne dessen hauptsächlichste Programmforderungen zu propagieren. Der Unterbau dieser ganzen Bewegung ist doch der Antisemitismus, ist die Verneinung der Demokratie. Warum kämpfen sie nicht offen gegen die Juden, warum nicht gegen unsere demokratischen Einrichtungen? Denn wenn es nach der Selbsthilfe gehen sollte, wäre der von Gott erkorene Führer, wie sie es von Hitler so schön schreibt, unser unumschränkter Gebieter. Es läge in seiner Macht, einen Kreisausschußobmann, der seiner Ansicht nach nicht am Platze ist, seines Postens zu entheben, durch einen anderen zu ersetzen. Er hätte die Fällung der Zeitungen unter seiner strengen Kontrolle, gegen seine Anordnungen dürfte es keinen Widerspruch geben. In Italien ist die Geistesnechtung vollkommen. Innerhalb der letzten vier Jahre wurden 7000 Jahre Gefängnis über Leute verhängt deren Verbrechen in nichts anderem bestand, als daß sie politisch den Faschismus verurteilten. Tausende von politisch Verdächtigen werden ohne Prozeß auf die Mittelmeerinseln deportiert, tausende müssen im Exil leben. Eine Milizarmee von 400.000 Schwarzhemden, die den Staat Milliarden kostet, wird zu Spionage- und Vespitzelzwecken verwendet. Man kann in unserer Falle von Glück sagen, daß wir keine eigene Gerichtsbarkeit haben. Sonst könnten wir etwas Ähnliches erleben.

Etwas über die wirtschaftlichen Einrichtungen der Selbsthilfe. Wenn man sie von dem sie umgebenden Wust von großen Worten, von Selbstlob und oft maßloser Ueberhebung herausfängt, bleibt herzlich wenig übrig. An erster Stelle kommen natürlich ihre Sparanstalten. Wir wollen offen anerkennen, daß hier völkische Arbeit geleistet wurde. Neben unseren anderen Einrichtungen, wie Raiffeisen-, Sterbe- und Sparkassen, neben den vielen völkischen Vereinen, in deren Arbeitsgebiet auch wirtschaftliche und soziale Fragen fallen, ist die Bausparkasse auch eine Gründung, die uns wirtschaftlich weiter bringen kann. Wenn sie nun bei umsichtiger Führung in 25 oder 50 Jahren auf eine erfolgreiche Tätigkeit wird zurückblicken können, können ihre Führer hierauf stolz sein. Es besteht jedoch noch gar kein Grund, schon jetzt derartige Lobeshymnen über dieselbe anzustimmen, wie es geschieht. Am Ende knallt die Peitsche, heißt ein altes Sprichwort. Gibt es noch soviel Selbstlob in irgend einem anderen Verein? Bei uns wird doch sicher viel soziale Arbeit geleistet. Nehmen wir nur, was in dieser Beziehung seit dem Kriege geleistet wurde. Es war seit jeher für jeden, der dazu fähig war, etwas Selbstverständliches, am Gemeinwohl mitzuarbeiten. Es geschah ohne viel Geschrei, ohne Anspruch aufs Führertum, ohne andere vor den Kopf zu stoßen. Die bisherige Arbeit ist nach der Selbsthilfe garnichts gewesen, wir stehen nach ihrer Ansicht im inneren Zerfall, aus dem wir nur durch die Erneuerungsbewegung der Selbsthilfe herauskommen können. Ist dies nicht eine Annäherung ohne Gleichen?

Nun wird aber die Bausparkasse, deren Nützlichkeit wir allgemein anerkennen, ganz tiefmütterlich behandelt. Jetzt heißt es: die Selbsthilfe wurde nicht deshalb ins Leben gerufen, um als Bausparkasse billiges Geld zu besorgen, sondern um Aufbauarbeit zu leisten.

Was wurde sonst noch geleistet? Es wurde eine Arbeiter-Spar- und Hilfgemeinschaft gegründet. Die Selbsthilfe bezeichnet diese Gründung als einen „Markstein“ in der Entwicklung unseres Volkes, „deren Bedeutung erst spätere Generationen voll und ganz erkennen können.“ Hierdurch sollen unsere Arbeiter aus den „marxistischen“ Gewerkschaften herausgelöst und dem Volkstum wieder zugeführt werden. Welcher Wortschwall und welche Unkenntnis der Arbeiterbewegung! Seit wann sind denn unsere Arbeiter dem Volkstume abtrünnig geworden? Es wird sich nur zu bald herausstellen, daß dieser Markstein kein Fundament hatte, daß da statt

einem Phönix eine Mißgeburt zur Welt gebracht wurde, die je eher je besser von der Bildfläche verschwindet. Die Selbsthilfe will dem Arbeiter das Brot aus der Hand schlagen und ihm Kieselsteine dafür geben. Denn wer die Gewerkschaften in der Form, wie sie heute sind, zerstört oder zerstören will, vergeht ein Verbrechen an den Arbeitern. Die internationalen Gewerkschaften sind die einzige Waffe, die die Arbeiter zur Erämpfung besserer Lebensbedingungen in der Hand haben. Wo wären die Arbeiter heute, wenn sie diese Gewerkschaften nicht hätten. In jahrzehntelangen Kämpfen haben diese Gewerkschaften die Arbeitszeit von 16–20 Stunden täglich auf acht herabgelegt, haben sich einen zum Leben notwendigen Lohn gesichert, haben selbst unter sich Wohlfahrtseinrichtungen, wie Reise-, Krankheits- und Arbeitslosenunterstützungen gegründet, haben durch fortwährendes Drängen viele Staaten veranlaßt, staatliche Fürsorge-Einrichtungen ins Leben zu rufen, haben die Arbeiter vom früheren Arbeitstier und willenlosen Werkzeug der Unternehmer zu einer geachteten sozialen Stellung emporgehoben. Und diese Gewerkschaften wollen die Führer der Selbsthilfe zerstören? Ich war 20 Jahre als organisierter Arbeiter in der Arbeiterbewegung tätig, bin seit 20 Jahren Unternehmer, ebenfalls international organisiert, ich spreche also nicht vom grünen Tisch. Ich bin als Arbeitgeber ehrlich genug zu sagen, daß die Arbeiter mit Recht den als ihren größten Gegner ansehen, der ihre Organisationen zu zerstören trachtet. Die 40 Jahre Zugehörigkeit zu internationalen Verbänden haben meiner Liebe zu meinem Volkstum nicht den geringsten Schaden getan, wie sie auch keinen Arbeiter dem Volke abspenstig machen wird. Die soziale und speziell die Arbeiterfrage ist ein Wissensgebiet für sich, das eingehenden Studiums bedarf, sich darüber zu orientieren. Wer davon nichts versteht, soll die Hände davon lassen. Er richtet mehr Schaden an, als er verantworten kann. Daß die Selbsthilfeleitung hiervon nichts versteht, sieht man an ihrer Stellungnahme zu den Lohnbewegungen der Arbeiter. Sie verpönt den Klassenkampf, der doch da ist, ohne daß es die Arbeiter wollen, weil er die nationale Wirtschaft gerät. Kann man sich einen größeren Unsinn denken?

Seit die Welt besteht, hat es Klassenkampf gegeben. Zwischen Freien und Sklaven, zwischen Patriziern und Plebejern, Adeln und Hörigen, Adeln und Bürgern, und zwischen den Zünften und Gehilfen. Nur dem Arbeiter soll es verwehrt sein, für ein bißchen mehr Brot, für einen größeren Teil des von ihm erzeugten Wertes zu kämpfen. Er soll dem Kapitalisten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Der Massenmord, wie er im Weltkrieg zutage trat und gerade von nationalsozialistischer Seite als nötig hingestellt wird, ist erlaubt, aber ohne Blutvergießen für eine gerechte Verteilung der Güter zu kämpfen ist ein Verbrechen — denn da geht es ja an den Geldbeutel des Besitzenden. Dabei nennt sich die Selbsthilfe „Kampfblatt für das ehrlich arbeitende Volk“. Die reinste Ironie.

Ueber die übrigen Einrichtungen der Selbsthilfe ist nicht viel zu sprechen. Sie bewegen sich in demselben Rahmen wie bei den übrigen völkischen Wohlfahrtseinrichtungen. Eine muß doch noch hervorgehoben werden. Die Selbsthilfe brachte im Herbst die Mitteilung, daß sie, um ihren Wirkungskreis zu erweitern, auch verzinsliche Spareinlagen zu 6% annehme und zu 10% weitergebe. Wenn sie als völkische Organisation solche Transaktionen umsonst vermittelt, ist es ganz schön, wenn sie als Vermittlungsgebühr einen kleinen Betrag nimmt, geht es noch an, wenn sie jedoch an solchen Geschäften 70% verdienen will, so hat dies mit völkischer Arbeit garnichts zu tun.

Was also die Selbsthilfe unter Erneuerungsbewegung meint, ist nicht recht zu verstehen. Das großsprecherische Getöse derselben ist alles andere als ein Fortschritt. Im Gegenteil. Es wird uns alles mögliche versprochen, eine Volksgemeinschaft, ein Nationalvermögen, eine Harmonie der Seelen und weiß Gott was noch alles. Die Selbsthilfe sagt uns nur nicht, wie das alles gemacht werden soll, denn an die Ursache all dieser Uebel rührt sie nicht. Sie spricht immer vom kommenden Paradies und vergeht oder will es abschließend nicht wissen, daß wir auf der Erde leben. Wenn diese vielbelungene Harmonie eintreten soll, müssen doch einmal die Ursachen der Disharmonie beseitigt werden, wie sie zwischen Arm und Reich, Arbeiter und Unternehmer, zwischen Privater und Arbeitslosen nun einmal bestehen. Es geht doch unbestritten eine tiefe Fäulnis durch die Welt, auch durch unser Volk. Mit großen Worten und nationalen Phrasen kann man die nicht aus der Welt schaffen. Warum nimmt die Selbsthilfe nicht Stellung zu den uns am meisten schmerzenden Tagesfragen? Es geht bei uns doch auch so wie beim Staate, die Angestellten bekommen Monate, oft Jahre kein Gehalt. Die letzte Landeskirchenversammlung hat unsere kirchliche Kasseneuerung dezentralisiert, jede Gemeinde sich selbst überlassen, welche Maßnahme ja den Kampf der Selbsthilfe gegen den sich dabei offenbarenden Eigennutz der wohlhabenderen Gemeinden geradezu herausfordern müßte. Wenn ihre schönen Worte „Einer für Alle, Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ nicht Schall und Rauch sein sollen, müßte sie doch hier Stellung nehmen. Entweder den säumigen Zahlern den Kopf waschen, oder die Höhe der Löhne beanstanden, einen erbitterten Kampf gegen die Dezentralisation führen oder sie bejahren. Sie geht zwar gegen die deutsche Regierung in unqualifizierter Weise zu Gericht, ist jedoch gegen die Krebsgeschäden in unserer Mitte blind. Der Kampf der Selbsthilfe mutet uns wie ein Soldat an, der sich auf einen freien Platz stellt und mit dem Säbel unter furchtbaren Flüssen herumsucht, um die Bewunderung der gaffenden Menge zu erreichen und dabei versichert, daß er für das Volk kämpfe. Tritt er dann irgendeinen bei diesem „Kampf“ auf die Hüft, meint er, es sei nicht so gemeint gewesen.

Wir hören immer und immer wieder Äußerungen des Führers, aber die man weiter lieber nicht nach-

denken soll. So vor allem über das schon legendenhafte Volksvermögen, das uns die Selbsthilfe eines schönen Tages bescheren oder das durch seine Initiative gelammelt werden soll. Es ist doch Ironie, jezt von einer Sammlung eines Reservevermögens zu sprechen, wo das vorhandene Geld nirgends hinreicht und wenn eine kleine Reserve in kleinstem Maße aufgetrieben werden könnte, sie doch für die heutigen Tage viel dringender verwendet werden könnte. Sogar das in Kronstadt von Selbsthilfefreien gegründete neue Wochenblatt verspricht, seinen Ueberfluß dem Volksvermögen zur Verfügung zu stellen. Jeder Zeitungsherausgeber und jeder, der über den Ertrag der Zeitungen auch nur halbwegs orientiert ist, wird sich eines guten Lachens über dieses Versprechen nicht enthalten können. Zur Schaffung eines Volksvermögens wird weiter seitens der Selbsthilfe vorgeschlagen, daß jeder Deutsche täglich einen Leu für die Gesamtheit opfen soll. Dies macht pro Tag bei uns Sachen 200.000 Lei allein aus, pro Jahr 73 Millionen, in 10 Jahren 730 Millionen. Ein sehr einfaches Rezept. Nur müßte man dies dem Staat empfehlen, der doch die Macht hat, diesen Leu auch einzufassen. Man nehme einfach von jedem Einwohner täglich einen Leu, zusammen 18.000.000 Lei, fürs Jahr 4 Milliarden. Sofort könnten die Pensionisten, Beamten, Lieferanten usw. stets pünktlich ausgezahlt werden. Utopische, unsoziale Forderungen, die jedoch gläubige Bewunderer finden.

Ein ander Mal erklärt der Führer, daß wir Deutsche der Vorlesung danken müssen, daß sie uns diese große Notzeit geschenkt hat. Dies ist doch der reinste Hohn! Weiß denn Herr Fabritius nicht oder kann er nicht empfinden, was diese Notzeit für die meisten im Gefolge hat? Hunger, Not, Elend, Krankheit, Verzweiflung, Verbrechen? Die Krise ist doch allgemein. In Amerika wie in England, in Deutschland wie in Rumänien, bei den Rumänen und Ungarn Siebenbürgens genau so wie bei uns. Schließlich kann die ganze Menschheit niederknien und Gott für das heutige Elend danken und zugleich bitten, daß es ewig so bleiben möge. Eine Frau spendet der Selbsthilfe 5000 Lei, also „ist das völkische Empfinden noch nicht ganz ausgestorben“, schreibt Herr Fabritius. Weiß er denn nicht, daß aus Kreisen, die der Selbsthilfe nicht angehören, jährlich Hunderttausende für wohltätige Zwecke gespendet werden? Einige Male weist er auf den heldenhaften Sinn unserer Altvordern hin, zeigt sie als leuchtendes Beispiel, gelegentlich der Studententagung schmettert er die Worte in den Saal, daß wir uns endlich den achthundertjährigen Schlaf aus den Augen reiben sollen. Ja, was soll man zu solchen Neuierungen sagen? Ueberhaupt sind diese und ähnliche Uebertreibungen die stärkste Seite der Bewegung.

Auf der anderen Seite wird mit schwerstem Geschick gegen diejenigen aufgeföhrt, die noch nicht Mitglieder der Selbsthilfe sind oder ihrer Bewegung ablehnend gegenüberstehen.

Dies erfährt auch unsere Zeitung vor einigen Tagen. Wir hatten über die Auflösung der nationalsozialistischen S. S. und S. A.-Formationen in Deutschland berichtet und dabei das seitens des Reichsinnenministers amtlich bekanntgegebene Material, das zur Auflösung führte, mitgeteilt. Natürlich ist nach Ansicht der Selbsthilfe alles Material nur Schwindel, das wir uns nicht entblößen, der deutschen Judenpresse nachzudrucken. Wir haben ein einfältiges Gemüt, handeln dumm, haben keinen völkischen Instinkt und können, dies ist die Hauptsache, den Nationalsozialismus nicht begreifen. Wenn der Schmierfink, der diese Zeilen zu Papier brachte, auch ein Volkserneuerer sein soll, sieht diese Gesellschaft schon aus.

Von bösen Folgen ist das Bangemachen begleitet, das aus Propagandardicksichten geübt wird. Nach der Selbsthilfe stehen wir vor dem Zusammenbruch, wir zerfallen innerlich, es geht um Sein oder Nichtsein, auf Leben und Tod usw. All dies kann durch Beitritt in die Selbsthilfe mit 200 Lei Einrichtungsgebühr und 180 Lei Jahresbeitrag verhindert werden. Diese Niesmacherei nennt sich Volkserziehung.

Gegen diese Art der „Volksaufklärung“ müssen wir ganz entschieden Stellung nehmen. Dies stimmt alles nicht. Es geht uns zwar nicht gut, es geht uns aber nicht schlechter als der ganzen Welt, besonders nicht schlechter als unseren Mitbewohnern, den Rumänen und Ungarn, aus dem einfachen Grund, weil wir nicht schwächer und schlechter als alle anderen sind. Es können äußere oder innere Wirren kommen, es kann zu einem Zusammenbruch kommen, unser Bestand wird hierdurch nie gefährdet werden. Wir werden uns in jeder Lebenslage zurechtfinden, weil wir ein arbeitssames Volk sind. Uns droht nur eine einzige Gefahr, die Gefahr der Entnationalisierung. Und diese Gefahr droht uns, wenn die politischen Freunde des Herrn Fabritius, die Herren Cuzza und Codreanu, aus Ruher kommen sollten, am stärksten.

Eine noch größere Gefahr droht uns durch die Propagierung der Selbsthilfeführung für national abgegrenzte Wirtschaftsgebiete, welche Forderung natürlich auch von den rumänischen extremen nationalistischen Parteien erhoben wird.

Die Selbsthilfe scheint nicht zu wissen, daß unser Handwerk, unsere Industrie, unser Handel und unsere Landwirtschaft besser entwickelt sind als bei unseren Mitbewohnern, daß weit über die Hälfte unserer Erzeugnisse nicht von uns selbst verbraucht wird. Zum Glück ist ja die Menschheit nicht so national eingestellt wie es die Selbsthilfe wünscht. Jeder Mann aus dem Volke liebt sein Volk, seine Mutterprache, achtet aber auch die anderen und kauft aus diesem Grunde seinen Bedarf dort, wo er ihn am besten bekommt. Träumen Sie nun das Gift Ihres extremen Nationalismus in die Volksmassen, predigen Sie und Ihre rumänischen und ungarischen Gesinnungsgenossen, daß jeder nur von seinen eigenen Volksgenossen kaufen soll oder wenn er streng national ist, kaufen muß, so verlegen Sie unserer Wirtschaft den

Preis: Mit Bestellung vierteljährig mit Beilage 80.—,
ohne Beilage 65.— Bei; für Ausland mit Beilage
140.—, ohne Beilage 120.— Bei; ohne Bestellung
mit Beilage 77.—, ohne Beilage 62.—, Einzel-
nummer mit Beil. 5.—, ohne Beilage 4.— Bei.

Organ für völkische Interessen.

Mit Bilderbeilage Nr. 53

Verantwortlicher
Schriftleiter: **Gustav Ziteli**

Unser ganzes Volksprogramm könnte in seinem grundsätzlichen Teil in folgenden Satz zusammengefaßt werden: „Jeder ist Mitglied der deutsch-sächsischen Volksgemeinschaft, der sich zum deutschen Volkstum bekennt und zu den Kosten, die im Kampfe um die Erhaltung desselben erwachsen, im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit beiträgt.“ Wären wir eine Partei im landläufigen Sinne des Wortes mit einem festumrissenen politischen Programm, eine Partei, in die man, wenn einem die politischen Ansichten behagen, eintreten oder aus ihr austreten kann, so hätte der neue Entwurf mit seinen unendlich vielen Vorschriften und weltanschaulich und politisch eine bestimmte Richtung vertretenden Bestimmungen einen Sinn. Aber trotz des Namens „Volkspartei“ sind wir, wenigstens meiner Meinung nach, doch nur eine Volksgemeinschaft, in die wir hineingeboren werden und in denen jeder unbeschadet seiner weltanschaulichen, politischen oder religiösen Einstellung solange Platz hat, solange er sich zum Deutschtum bekennt und die Bestrebungen zur Erhaltung desselben ideell und geldlich unterstützt. Wir sollen doch Volkstum und Politik auseinanderhalten, nicht durcheinander wirbeln. Viele Wege führen nach Rom. Der eine glaubt seinem Volke in dieser, der andere in jener Art am besten zu dienen, es zu fördern. Wer magt heute in unserem revolutionären Zeitalter darüber zu entscheiden, welcher Weg der richtige ist? Wir fordern vom Staat volle Gedanken- und Gewissensfreiheit und wollen in unserer Volksgemeinschaft beides unterbinden, die ganze Gemeinschaft in eine bestimmte politische Richtung hineinzuwängen. Es ist vielleicht das fünfte Volksprogramm, das wir uns geben wollen. In der früheren Generation waren ja auch Leute mit Verstand, sie waren sicher auch von der Liebe zu ihrem Volkstum beseelt. Und trotzdem enthalten die früheren Programme im großen Ganzen nur obigen Satz. Sie sind nur ganz allgemein gehalten, um eben Zerklüftungen zu vermeiden. In eine Volksgemeinschaft gehört jeder hinein, so wie ihn Gott geschaffen hat. Ob er gut oder schlecht veranlagt, ob er dieser oder jener politischen Richtung angehört, bleibt sich gleich. Die Hauptsache ist, daß er sich zu seinem Volkstum bekennt und die Schar der Kämpfer um Erhaltung desselben vermehrt. Und diese Kämpfer werden nicht mit der Dresdenerlei, nicht mit Zerrung vor Inquisitionstribunale oder gar mit Androhung von Ausschluß dem Volkstum erhalten, sondern durch Nachsicht, Entgegenkommen und Aufklärung. Wir bauen in der Luft ganze Stodwerke von Versärgungen und vergessen, daß uns das Fundament fehlt. Nach dem alten Volksprogramm sollte doch jeder Volksgenosse jährlich einige Lei als Volkssteuer abliefern. Man zeige mir die Gemeinde, in welcher diese Volkssteuer von den Bewohnern eingehoben wurde, in welcher jeder Einwohner diese Lei aus der Tasche nahm und sie bewußt als Volkssteuer abliefern. Uns fehlt noch die Erkenntnis, daß wir gegen unser Volkstum auch Pflichten haben, ja daß die Erfüllung dieser Pflichten an erster Stelle stehen soll. Wir bezahlen unsere Steuern

an den Staat, brummen wenn diese um einige hundert oder tausend Lei erhöht werden, zahlen aber dennoch, wir lassen uns auch sonst manches nicht unbedingt Nötige zukommen, werden jedoch sofort nervös, wenn es sich um Abgaben für Kirche, Schule oder für das Volkstum im allgemeinen handelt. Dies kommt gewöhnlich an letzter Stelle. Man frage doch unsere politischen Führer am Lande, was die Bestimmung im Entwurf über die Besteuerung der Volksgenossen für einen Sinn hat. Es heißt nämlich einmal, daß wir das gesetzliche Recht zur Einhebung dieser Abgaben vom Staate fordern, selbst durch Inanspruchnahme der Behörden. Dann heißt es an anderer Stelle, daß sich jeder von selbst aus der Volksgemeinschaft ausschließt, wer diese Abgaben nicht leistet. Dann kann er natürlich auch ausgeschlossen werden. Wenn man nur diese Punkte des Entwurfes durchzuführen will, werden schon 60—80 Prozent unserer Volksgenossen ausgeschlossen werden müssen.

Wenn wir also Arbeit am Volke leisten wollen, so steht die Aufklärungsarbeit in dieser Beziehung an erster Stelle. Jeder Volksgenosse soll zu einem bewußten Mitglied unserer Gemeinschaft erzogen werden, er soll es für selbstverständlich halten, daß er seiner Volksgemeinschaft gegenüber auch Pflichten zu erhalten hat und diese an erster Stelle stehen. Diese Erziehungsarbeit kann man nicht auf Sachsentagen erreichen, nicht durch schöne Reden, auch nicht durch noch so schön klingende Programme, weil diese ja doch nur auf dem Papier bleiben. Um diese Erziehungsarbeit zu leisten, bedarf es jahrelanger, jahrzehntelanger selbstloser Arbeit. Haben wir dieses Ziel erreicht, dann sind wir unüberwindlich.

Von diesen Gedankengängen ausgehend, bietet der neue Entwurf überhaupt keine Grundlage zur Besprechung bezw. Aenderung. Er ist von Anfang bis zu Ende durchtränkt von „autoritären“ Verfügungen, so daß man daran nichts herumändern, sondern ihn höchstens vollständig umarbeiten kann. Dem Volkswohle wäre am besten gedient, wenn es beim alten Programm bliebe oder wenn höchstens einige überholte Bestimmungen desselben umgeändert würden.

Nun ergibt sich die Frage, ob es überhaupt nötig ist, einen Sachsentag abzuhalten. Je näher der Termin heranrückt, umso ruhiger wird es in allen Kreisen unserer Volksgenossen. Es muß festgestellt werden, daß heute in den weitesten Kreisen überhaupt kein Interesse am Sachsentag besteht. Selbst in Selbsthilfskreisen, die im Sommer noch verkündeten, daß wir als Volk von der Bildfläche verschwinden, wenn nicht schnell ein Sachsentag einberufen wird, ist es merkwürdig ruhig geworden. Als im Sommer mit dieser Begründung die Abhaltung des Sachsentages immer stürmischer verlangt wurde, wollte ich einmal nachsehen, was eigentlich in diesem Programm steht. Mit schwerer Mühe konnte ich ein Exemplar bei einem politischen Führer austreiben. Neugierde um unser Volksgenossen wissen überhaupt nicht, was im Volksprogramm steht. Das Leben geht seinen eigenen Weg und fragt nicht viel nach Programmen. In der Landeskirchenversammlung wurden alle Fragen, die Kirche und Schule betreffen, eingehend erörtert. Blicke als Programm des Sachsentages nur die Beratung des Volksprogrammes. Wenn der Sachsentag seinen Zweck erfüllen und nach innen und außen als gesetzgebendes Forum wirken soll, muß er doch zahlreich besucht sein. Nehmen wir den Fall, daß der Mößner Gau mit seinen dreiunddreißig Gemeinden und der Stadt Bistritz nur 50 Delegierte entsenden soll und nehmen wir die Kosten, abgesehen vom Zeitverlust, nur mit 1500 Lei für einen Delegierten an, so sind dies 75.000 Lei oder 7500 Mittageffen für Erwerbslose oder arme Familien oder 25.000 Frühstück oder 2000 Paar Schuhe usw. Was ist das Wichtigere? Die geringfügige Abänderung des alten Programmes, das auch weiter nur auf dem Papier bleibt, die Schaffung eines neuen nach dem Entwurf, welches, wenn es auch durchgeführt werden soll, nur Zerwürfnis unter uns bringen wird — oder die Verwendung der vielen Hunderttausende, die dieser Sachsentag kosten wird, für politische oder soziale Zwecke?

Wenn man nun glaubt, den Sachsentag aus Prestigegründen doch abhalten zu müssen, so muß eine prinzipielle Frage vor allem bereinigt werden. Unsere Volksgemeinschaft hat im Parlament und Senat Vertreter. Bezüglich der Volkspolitik sind wir im großen Ganzen einer Meinung, auseinander gehen unsere Meinungen bezüglich der Wirtschaft, Sozialpolitik und in rein politischen Fragen. Unsere Abgeordneten haben eine Mittellinie eingenommen, um uns alle unter einem Hut zu halten. Nun ist im Vorjahr eine nationalsozialistische Partei gegründet worden, die eine rege Agitation für ihre Ansichten entfaltet und alle, die sich vor ihr nicht ducken, sehr ungerne ansieht. Unsere offizielle politische Zeitung hat sie gewähren lassen, die Gegner dieser Bewegung haben bis zur Klärung einen abwartenden Standpunkt eingenommen.

Es entsteht die Frage, soll es bei der bisherigen Gepflogenheit bleiben ohne besondere politische Parteibildungen, oder sollen Parteibildungen, wie sie sich aus der Weltanschauung und dem sozialen Stande ergeben, statthaft sein. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Haben wir neben unserer allgemeinen ohne festumgrenzte politische Richtlinien wirkenden deutsch-sächsischen Volkspartei noch eine nationalsozialistische Partei, so muß es auch anderen Volksgenossen statthaft sein, eine deutschnationale, demokratische, landwirtschaftliche oder Arbeiterpartei zu bilden. Man beklage sich aber nachher nicht über die einfließende politische Agitation, über die tiefgreifenden Gegensätze, die dann naturgemäß entstehen müssen. Meine Ansicht geht dahin,

daß die politischen Gegensätze solange zu ruhen haben, solange wir uns im Kampf unseres Volkstums befinden. Denn dieser Kampf ist der wichtigste. Kommt in dieser Beziehung eine Klärung zustande, so hat der Sachsentag, wenn er überhaupt abgehalten werden soll, wertvolle Arbeit geleistet, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß er aus dieser Ursache abgehalten werden muß. Diese Frage kann auch im Volkstatat bereinigt werden.

Gustav Zitel.

Die endgültige Textierung des Genfer Abkommens.

Unter dem Vorsitz Manius fand eine Kabinettsbesprechung statt, in der Handelsminister Lugoianu jene Texte vorlegte, die er vom Völkerbund anlässlich der letzten gepflogenen Verhandlungen betreffs Auslandschulden bekam. Die Antwort auf diese Texte wird der Ministerrat festsetzen, der Mittwoch statifindet und daher mit Bezug auf die finanziellen Verhandlungen von großer Bedeutung ist. Dieser Ministerrat wird auf die Bedingungen des Finanzausschusses des Völkerbundes die endgültige Antwort erteilen.

In politischen Kreisen will man wissen, daß jene Textierung, die Lugoianu jetzt mit sich gebracht hat, ernstliche Erleichterungen beinhaltet, so daß dem Abschluß des Abkommens nichts mehr im Wege steht.

Auf der Tagung des Völkerbundes, die am 29. Januar beginnt und die auch das rumänische Finanzabkommen verhandelt, wird Rumänien durch Finanzminister Madgearu vertreten.

„Lupta“ schreibt, daß durch dieses Abkommen Rumäniens Budget von einem jährlichen Ausgabeposten von 3 Milliarden befreit wird, die von der Nationalbank zur Unterstützung von Handel und Gewerbe und der Landwirtschaft verwendet werden können.

Umgestaltung des Steuersystems.

Finanzminister Madgearu hat einen Gesetzentwurf zur Umgestaltung des Steuersystems fertiggestellt, der noch in der kommenden Parlamentstagung zur Verhandlung gelangen wird. Das neue Steuergesetz soll auf dem Grundsatz beruhen: Von dort nehmen, wo etwas ist und dort nachlassen, wo wenig zu holen ist. Von den Steuerarten beabsichtigt der Finanzminister nur die Globalsteuer zu erhöhen, welche vierteljährig gezahlt werden soll. Wer keine Steuer pünktlich zahlt, bekommt einen 5-prozentigen Nachlaß. Säumige Zahler werden hingegen 10 prozentige Verzugszinsen zahlen. Die Verzugszinsen sollen zu einem Fond zusammengelegt werden, von welchem der Finanzminister die Bezüge der Finanzbeamten erhöhen will.

Deutsch-französischer Handelsvertrag unterfertigt.

Der Handelsvertrag mit Deutschland wurde unterfertigt. Das Außenministerium hebt in einer amtlichen Mitteilung die große Bedeutung hervor, die diesem Ereignis beigemessen werden muß. Das Zustandekommen des Handelsvertrages sei ein Zeichen der Annäherung zwischen den zwei Ländern, der Vertrag sei aber auch für die beiderseitige Volkswirtschaft und für den Weltmarkt von großem Nutzen.

Frankreich hat auch mit Österreich einen Handelsvertrag abgeschlossen, durch welchen der österreichischen Volkswirtschaft große Vorteile eingeräumt werden.

Erschütternde Zahlen vom Auslandsdeutschtum.

Einem Zeitungsvertreter gewährte Reichsminister a. D. Dr. Gehler, der Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland, über das Nationalproblem eine Unterredung. Dr. Gehler wies in seinen Ausführungen auf den Umfang des Unrechts hin, das in den letzten vier Jahren den deutschen Minderheiten im Ausland angetan worden ist. Er sagte, es seien in dieser Zeit weit über 7000 muttersprachliche Schulen der Minderheiten geschlossen worden. Während im ganzen 19. Jahrhundert nur etwa 10 Gotteshäuser von Minderheitsvölkern beschlagnahmt worden seien, habe man allein in dieser kurzen Zeit 2500 Kirchen der Minderheiten zwangsweise genommen, anderen Zwecken zugeführt, selber benutzt, geschlossen oder zerstört. In diese Zahl seien die in Rußland enteigneten Gotteshäuser nicht einbezogen. Allen Minderheiten seien im gleichen Zeitverlauf 112.000 ha Land enteignet worden. Diese 112.000 Quadratkilometer übertrafen die rund 70.000 Quadratkilometer Boden, die Deutschland durch den Gewaltfrieden verloren hat, bei weitem. Deutsches Volkstum habe also im Ausland weit mehr Bodenbesitz verloren als das Reichshoheitsgebiet.

Diese wenigen erschütternden Beispiele bewiesen klar, daß eine europäische Zusammenarbeit ohne ein zuvor annähernd ansäandig gelöstes Minderheitenproblem nicht möglich sei.

Neuer Krieg im Fernen Osten.

Vormarsch der japanischen Truppen — Bombardement chinesischer Städte.

Am Montag nachmittag begannen die Kämpfe um die Stadt Schanhaiwan neuerdings, nachdem große japanische Verstärkungen eingetroffen waren. Zientfener Nachrichten zufolge haben mehrere japanische Flugzeuggeschwader 12 Bomben auf die Stadt abgeworfen, die gleichzeitig von 4 schweren Geschützen beschossen wurde.

Von vertrauenswürdiger Seite wird gemeldet, daß die japanischen und mandchurischen Truppen den Bahnhof von Schanhaiwan bereits eingenommen haben und daß außerdem 3000 japanische Soldaten die große chinesische Mauer überschritten haben und sich der Stadt Chinwangtao nähern. Japanische See- und Luftstreitkräfte haben Dienstag, vormittag um 9 Uhr, das Bombardement in der Grenzzone zwischen China und der Mandchurei eröffnet.

Das Vordringen der japanischen Truppen über die chinesische Grenze wird von der japanischen Regierung mit der Notwendigkeit des Schutzes der japanischen Bevölkerung auf chinesischem Boden begründet. Von chinesischer Seite wird gemeldet, daß der Angriff auf Schanhaiwan ohne jede Berechtigung von den Japanern vorgetragen wurde. Es habe sich in der Stadt kein einziger japanischer Zwischenfall zugetragen. Das habe die Japaner nicht gehindert, die chinesische Zivilbevölkerung plötzlich aufzufordern, die Stadt zu räumen, da mit der Beschießung der Stadt unverzüglich begonnen werde.

Südafrika will los von England.

In den unter englischer Oberhoheit stehenden südafrikanischen Staaten herrscht eine erbitterte Stimmung gegen England. Die Lage ist besonders in den ehemaligen Burenrepubliken (Oranje, Natal und Transvaal) bedrohlich. Auf diesem Gebiet sind die Buren vorherrschend, die Nachfolger von holländischen Ansiedlern, die in Südafrika eine Gemeinschaft von freien Republiken gebildet hatten und vor drei Jahrzehnten von den Engländern besiegt wurden. England wollte seinem südafrikanischen Besitz, der Kapkolonie, ein Hinterland schaffen.

Mit der Zeit ist es anders gekommen. Die englische Kapkolonie und die ehemaligen Burenrepubliken vereinigen sich anfangs für — und heute gegen England. Die südafrikanischen Buren kämpfen offen für die Losreißung von England und werden auch der Gewalt — Gewalt entgegenzusetzen. Auf der in Pretoria abgehaltenen Burenkonferenz haben sie offen die Trennung von England ausgesprochen. Wenn es auch zunächst nicht zur völligen Trennung kommen dürfte, wird England praktisch keinen Gewinn mehr an Südafrika haben, da der südafrikanische Staatenbund in wirtschaftlicher Hinsicht als feindliches Ausland betrachtet werden muß.

Aus Bistritz.

Gottesdienst. Am 6. Januar predigt Stadtprediger Emil Casper, am Sonntag, den 8. Januar, Stadtprediger Alfred Menning.

Widmung. Herr Rektor Martin Meri, sowie dessen Frau und Sohn spenden zur Erinnerung an ihr liebes in Amerika verstorbenes Enkelkind Erwin Teufel Lei 300 — zu Gunsten des „Fondes zum Andenken an liebe Verstorbene“, wofür besten Dank das evang. Presbyterium A. B.

Einladung zu der Mittwoch, den 11. Januar 1933, vormittag 9 Uhr in der Aula des evang. Knabenheims A. B. (Fleischerallee) abzuhaltenden Bezirkskirchenversammlung. Verhandlungsgegenstände: 1. Rechenschaftsbericht des Bezirkskonsistoriums; 2. Bezirkskirchenrechnungen für das Jahr 1931; 3. Voranschlag der Bezirkskirche für das Jahr 1933; 4. Neuwahl des Bezirksdechanten, des Bezirkskirchenkurators und der Mitglieder des Bezirkskonsistoriums; 5. Eventuelle Anträge der Mitglieder. — Der Entwurf zu dem Voranschlag 1933 kann in der Presbyterialkanzlei während der Amtsstunden eingesehen werden.

Das evang. Presbyterium A. B.:

Emil Casper m. p., Schriftf. Dr. Molitoris m. p., Vorsitz.

Arbeiter-Invaliden- und Pensionsverein. Die mit mehr als 26 Wochen an Vereinsbeiträgen im Rückstand befindlichen Mitglieder können um Rücküberlegung in ihre alten Mitgliedsrechte anfragen und ist das diesbezügliche Gesuch umgehend an die Zentralleitung einzulenden (Temesvar III., Boulevard Carol 10), welches der außerordentlichen Delegierten-Generalversammlung unterbreitet wird. Nähere Aufklärung erteilt die Filialeitung gelegentlich der Einzahlung am 8. Januar l. J.

Einladung. Die Filiale Bistritz Nr. 65 des Arbeiter-Invaliden und Pensionsvereins hält Sonntag, den 8. Januar 1933, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des „Hotel Zentral“ eine außerordentliche Generalversammlung ab, zu welcher die geehrten Mitglieder höflichst eingeladen werden. Tagesordnung: 1. Eröffnung der Versammlung durch den Vorstand. 2. Wahl von zwei Protokollbegleitern. 3. Berichtserstattung bezüglich der mit den Versicherungsgesellschaften gepflogenen Verhandlungen. Berichtserstatter geschäftsführender Sekretär Johann Dobos aus Temesvar. 4. Wahl der Delegierten für die am 12. Februar l. J. abzuhaltende außerordentliche Delegiertenversammlung. 5. Eventuelle Anträge. — Bistritz, 30. Dezember 1932. Fr. R. Weiß, Kassier. D. Besuan, Vorstand.

La anoj de la esperanto-grupo loka estas per tio invitataj veni lundon la 9-an de januaro je la 7a al la 12a kunveno ordinara tenota en la grupejo Marktplatz 16. Gastoj estas plezure vidataj.

La estraro.

Feuerwehrtanzkränzchen. Am 14. Januar findet das diesjährige Tanzkränzchen der Bistritzer freiwilligen Feuerwehr statt, zu welchem neben die Einladungen ausgesandt werden. Da auch bei der größten Vorsicht bei Verschickung der Einladungen liebe Freunde und Gönner des Corps ausbleiben können, so wird gebeten, daß ein jeder, der sich zum Besuch des Balles berechtigt glaubt, beim Feuerwehrkommando um seine Einladung anfrage.

Verwaltung und Schriftleitung:
Bistritz, Siebenbürgen, Marktplatz Nr. 48.
Regelgemäße in der Verwaltung (Marktplatz
Nr. 48). Der Raum einer einpalligen Zeitungs-
lokal bei 6.—, bei öfterem Erscheinen Nachschlag-
gebühren werden nicht zurückgestellt.

Bistritzer

Deutsche Zeitung

Organ für völkische Interessen.

Gemeinsame Ausgabe der „Bistritzer Deutschen Zeitung“ und der „Sächsisch-Regener Nachrichten“. Erscheint jeden Dienstag und Freitag

21. Jahrg., 55. Nummer

Bistritz, Freitag, den 21. Juli 1933

Verantwortlicher Schriftleiter: Gustav Ziteli

Siebenbürgisch-sächsische Volksfragen* vom nationalsozialistischen Standpunkt aus gesehen.

Von Eitelrich Scheiner.

Löbliche Schriftleitung! Im Sinne Ihres Standpunktes einer möglichst freien Meinungsäußerung — so weit sie unseren Volksinteressen nützen und nicht schaden — bitte ich mir, als einem unentwegten Anhänger und Verehrer Adolf Hitlers und wohl ältesten sieb.-sächs. Mitglied der NSDAP einige Ausführungen zu den auf der Tagesordnung stehenden sieb.-sächs. Volksfragen zu gestalten. Sind doch diese Fragen hauptsächlich durch die Führer der Selbsthilfe, die sich, wie mir scheint, völlig zu Unrecht „Nationalsozialistische Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien“ nennt, aufgeworfen worden, so daß ich als regelrechter Nationalsozialist, wie ich glaube, hier wohl auch ein Wort mitreden darf. Ich berufe mich dabei auf ein Wort der programmatischen Erklärung des siebenbürgischen Gauführers der Selbsthilfe Dr. Otto Fritz Ziteli vom 7. Juni d. J., in der er sagte: „Ich gebe jedem das Recht, Angriffe gegen uns zu erheben in Dingen, die er nicht selbst begangen hat. Wir werden uns zu verteidigen wissen. . . Unser Volk möge über uns das Urteil fällen.“ Die Angriffe, die ich erhebe, richten sich gegen Dinge, die ich selbst — und wohl unsere ganze Volksgemeinschaft — nicht begangen haben. Die Selbsthilfe möge sich also verteidigen, wenn sie kann, und unser Volk möge über die Selbsthilfe und den Angreifer das Urteil fällen!

Ich erhebe den Vorwurf gegen die Selbsthilfe, daß sie den Nationalsozialismus scheinbar nur rein äußerlich nachzuahmen versucht und gerade dort versagt, wo sie sich in sinnvoller Übertragung seiner Grundsätze, Anschauungen und Methoden an sein Programm und das von Adolf Hitler vorgelebte Ideal halten sollte. Um das zu verstehen — entschuldigen kann man das aber damit durchaus nicht — muß man wissen, wie die Selbsthilfe zum „Nationalismus“ gekommen ist. Da muß ich zunächst einen „Mythos des 20. Jahrhunderts“, der sich um die Person des Herrn Fritz Fabritius gebildet hat, zerstören. Nicht als ob ich Herrn Fabritius persönlich etwa für einen ehrenwerten Mann hielte, wie es heute auch ihm schon von seinen Gegnern vorgeworfen wird, die es nicht verstehen können, daß er selbst im Zeichen seines Wahlversprechens „Gemeinwohl geht vor Eigenwohl!“ in den letzten Jahren ein Gehalt bezogen hat, das zweifellos größer war als die Gehälter der Oberbeamten unserer Banken, unserer Professoren, Pfarrer, ja sogar größer als das Einkommen manches der von ihm bekämpften sächsischen Volksführer und Parlamentarier. Ich will die Illusion über Fabritius auch nicht darum zerstören, weil er sich mit Menschen umgeben hat, die wohl mit all den Fehlern behaftet sind wie unsere Volksführer und die sich nur durch eine verblüffende Unfähigkeit vor diesen Führern auszeichnen. — Fabritius war ebenso wie viele Hunderte, ja Tausende von Volksgenossen, von der alten völkischen Bewegung in Deutschland erfasst worden, die von Hitler und Ludendorff seinerzeit geführt wurde und die wohl die Keimzelle der heutigen großen Bewegung bildete, die sich aber inzwischen auf allen Gebieten und auch in ihren Auffassungen gewaltig vorwärts entwickelt hat, während Fabritius an dem Neugierigen und Unwesentlichen hängen blieb. Ein äußeres Zeichen dessen ist, daß Fabritius in seinem Arbeitszimmer noch bis vor nicht langer Zeit das Bild Ludendorffs besaß, wo doch Ludendorff inzwischen der schärfste Gegner der Hitlerbewegung geworden war. Fabritius war eben — an dem von Hitler und seiner Bewegung liegenden gelassenen Wotanskult und dgl. hängen geblieben, er pflegte allenfalls noch den Antisemitismus, also nur die negative Seite des großen positiven Programmes der Rassenrenewierung Adolf Hitlers. Die unsere Volk weisensfremde und der guten Sache somit sehr schädliche marxistisch-lerische Propagierung eines vermeintlichen Nationalismus begann erst in jener Zeit, wo der endgültige Sieg Hitlers sogar den vom Nationalsozialismus nichtfälschbarlich sicher schien und — dieses ist das Wichtigste — wo das wirtschaftliche System der Selbsthilfe sich endgültig als ein Schneeballsystem enthielt hatte und die Zeichen des nahenden Zusammenbruches ihrer Bauparlasia nicht mehr zu verheimlichen waren. Da sah man mit einemmale, daß die großen und kleinen Selbsthilfeführer, denen, als gleichzeitig größten

Darlehensnehmern der Bauparlasia das eigene — immer vor dem Gemeinwohl ging, zu wählenden „Nationalsozialisten“ wurden. Der Nationalsozialismus sollte neues Wasser auf die dem Stillstande nahe Selbsthilfemühle treiben, denn mit jenem Tag, wo der Mitgliederzuwachs der Selbsthilfe aufhörte, mußte auch ihr ganzes wirtschaftliches System zusammenbrechen, welches sich nachweisbar immer an die allerniedrigsten materiellen Instinkte unseres Volkes gewandt hatte. Durch seine heftige und zum größten Teil nicht unberechtigte Kritik an der selbst- und unerschuldeten Lage der Siebenbürger Sachsen gelang es Fritz Fabritius, die sogenannte „Unzufriedenheitsbewegung“ aufzulösen und da sein Programm sich immer wieder auf die völkische Bewegung im Reich berief, viele völkische und idealisierende Menschen mit größtem Wohlwollen für seine Bewegung zu erfüllen. Seine persönliche, im Grunde vielleicht schlichte und uneigennützig Weltverbesserernatur — erst später scheint auch er dem Zahlenwahn erlegen zu sein — wurde aber immer mehr von ihm und raffischsten Menschen ausgenutzt, ebenso wie später hinter dem blanken Schild des Nationalsozialismus die übelsten Bestrebungen verschiedenster Unzufriedenen Deckung fanden.

Es ist bedauerlich, daß unsere „Offiziellen“ Größe und Bedeutung des Nationalsozialismus z. T. zu spät erkannten, z. T. in unserer Volksgemeinschaft schon verwirklicht ansetzen und deswegen für überflüssig hielten oder ihn ablehnten, weil sie offenbar befürchteten, daß er uns mit dem Staat, dem Staatsvolk und der Minderheitenidee in Widerspruch bringen werde. Dadurch erhielt Fabritius gewissermaßen das Privilegium des Nationalsozialismus in Rumänien, der ihm einen neuen Aufschwung verlieh, weil unser Volk von vornherein innerlich mit der nationalsozialistischen Gedankenwelt Hitlers sympathisierte und diese in vielen Zügen, abgesehen von gewissen traurigen Verirrungen unserer Banfahführung u. dgl. nach dem Kriege, bei uns verwirklicht fand. Darum ist heute, wo infolge der Entwicklungen der letzten Monate wohl kein Fehl daraus gemacht zu werden braucht, wenn man sich zum Nationalsozialismus bekennt, (dieses wäre vor einem Jahr vielleicht noch sehr gefährlich gewesen und von Hitler vielleicht auch gar nicht gewünscht worden) unser ganzes Volk mehr oder weniger nationalsozialistisch, die Selbsthilfe aber hat damit ihr auf obige Weise erworbenes Privilegium verloren.

Indem sie sich, nach dem Zusammenbruch als Wirtschaftsorganisation und dem Verlust dieses Privilegiums, nach neuen Betätigungsmöglichkeiten umschau, verfiel sie ausgerechnet auf den Hauptgedanken der Novemberrepublik, auf den Gedanken der Gliederung unseres Volkes in Parteien. Ausgenommen die seit 30 Jahren bestehende Partei des Hermannstädter Bürgerabends, die rein lokalpolitische Bedeutung besitzt und sich diszipliniert in die Volksorganisation einfügt, gab es bisher in unserem Volke keine Parteien. Der Volksgemeinschaftsgedanke Hitlers war bei uns in weitgehendem Maße verwirklicht. Nun kommt die Selbsthilfe und erklärt sich nicht nur selbst zur Partei, welches Vergnügen man ihr gerne gönnen kann, sondern sie verlangt die Einführung des Listenwahlrechtes und damit die künstliche Schaffung eines bei uns noch nie vorhanden gewesenen Parteiensystems. Hitler bediente sich der Mittel der Weimarer Verfassung, um dieses volkschädliche System und die Novemberpartei, Marxisten und ihre Helfershelfer, Zentrum und Liberale, niederzuringen. Hier aber, wo wir in einer freien deutschen Volksgemeinschaft leben und wo es sich nur darum handeln kann, diese zu aktivieren und zu vertiefen, will die Selbsthilfe, dazu noch mit Berufung auf Hitler, eine Art Weimarer Republik einführen, die uns weisensfremd war und ist. Dagegen will die Selbsthilfe die Mitwirkung unseres Volkes an der Gestaltung seiner Geschichte (durch die unbedachte Übertragung des in einem Staate und besonders in einem deutschen Reiche mit seiner bisherigen Zersplitterung sehr sinnvollen und notwendigen absoluten Führerprinzips auf unsere Volksgemeinschaft) ausschalten. Das hätte noch einen Sinn, wenn auch wir hier einen Hitler hätten, sinnlos aber wird es, wo wir an der Spitze der Selbsthilfe Leute haben, die zur Führung unseres Volkes wahrlich nicht berufen sind.

Das beweist schon die Rundfunkrede des Gauführers Dr. Otto Fritz Ziteli, in welcher er mitteilte, daß die Selbsthilfe „nicht nur die weltanschaulichen Grundlagen, sondern auch die Kampfmethoden der NSDAP übernommen“ habe. War es doch Herr Ziteli, der anlässlich der Proklamierung der Selbsthilfe als Partei davon sprach, daß der Kampf auf die Straße getragen

werden müsse, worunter er sich offenbar den Geldenkampf Horst Wessels und der Tausende von Märtyrern der Hitlerbewegung gegen das Großstadtgelindel der marxistischen Parteien vorgestellt haben mag. Solche Gegner wird er bei uns weder auf der Straße noch in einem sächsischen Hause finden. Die Selbsthilfe kämpft also wirklich, wie ich das kürzlich irgendwo las, gegen Windmühlen. Es kann sich doch bei uns nur um die Steigerung unseres völkischen Abwehr- und Aufbauwillens handeln und das kann man weder durch den Kampf auf der Straße noch durch die bei der Selbsthilfe üblichen „Enthüllungen“, auf die manche Selbsthilfegegner bereit sind, mit ähnlichen Enthüllungen aufzuwarten, wie ein sächsisches Blatt das übrigens gerade mit Herrn Dr. Ziteli, seiner Kriegsbegeisterung und seinen Geschäften, schon getan hat.

An einer Stelle seiner Rundfunkrede scheint Herrn Ziteli doch eine Ahnung aufgegangen zu sein, daß wir gerade die Kampfmethoden des Nationalsozialismus auf unsere kleine Volksgemeinschaft nicht ohne weiteres übertragen können, wenn wir ihr nicht nach Innen und Außen Schaden wollen, dort, wo Herr Ziteli nämlich davon spricht, daß „wir Auslandsdeutschen niemals das braune Hemd anziehen dürfen.“ Hierzu muß ich bemerken, daß die Selbsthilfe leider durch ihr überflüssiges Soldaten spielen zur unrichtigen Zeit in blauen Hemden unnötigerweise mancherorts böses Blut mit gerächlichen Nachspielen erzeugt hat. Außerdem glaube ich, daß zur Verpflichtung, sich dem Nationalsozialismus reiflos zur Verfügung zu stellen, auch die Verpflichtung gehört, sich seiner würdig zu erweisen. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, möge sich jeder Selbsthilfeführer bemühen, bei sich selbst anzufangen, zu welchem Zweck sie ihren pharisäischen Eigendünkel zunächst einmal ablegen müßten. Dazu gehört auch die Wahrheit über die von Ziteli so oft erwähnte Begegnung Adolf Hitlers mit dem „sächsischen Hitler“. Soweit mir bekannt ist, hat Fabritius im Jahre 1923 Adolf Hitler nicht kennengelernt, (wenigstens war es nicht das, was man normalerweise darunter versteht), sondern Fabritius hat seinerzeit im Korridor des Hauses in der Thierstraße in München einen ihm unbekannten Herrn flüchtig um irgendeine Auskunft gebeten, und nachher erst will Fabritius in diesem Herrn Adolf Hitler erkannt haben.

Ich habe in diesen kritischen Bemerkungen, die durch die beiden Reden Zitelis vom 7. Juni in Hermannstadt und 28. Juni am Berliner Rundfunk herausgefordert wurden, bereits einige Andeutungen eines kritisch von mir in der Presse angekündigten Programms eingeflochten. Ich will in aller Kürze punktuell hier feststellen, was unsere nächsten Aufgaben sein müssen, soweit sie sich aus den öffentlichen Erörterungen der letzten Zeit ergeben und nicht zum selbstverständlichen Besitz jedes Volksgenossen gehören:

1. Gegenüber der von der Selbsthilfe proklamierten Aufspaltung unseres Volkes in Parteien, wobei sie mit schlechtem Beispiel voranging, müssen wir unsere alte sächsische Volksgemeinschaft in wahrem nationalsozialistischem Geiste Adolf Hitlers neu beleben und über diese hinaus die Volksgemeinschaft aller Deutschen in Rumänien schaffen, wie jedoch auch diese schon bereits in dem Verband der Deutschen in Rumänien vorbereitet ist.

2. Gegenüber dem von der Selbsthilfe proklamierten absoluten Führerprinzip und dem bedingungslosen Gehorsam einzelnen Personen gegenüber müssen wir die Erneuerung unserer Volksgemeinschaft einstweilen auf der verantwortlichen Mitwirkung und Mitentscheidung aller Volksgenossen proklamieren, wie unsere gegenwärtige Volksorganisation dieses bereits vorsieht. Denn seit vielen Jahren schon wählt die ganze Volksgemeinschaft den Ortsausschuß jeder Gemeinde, aus dem Ortsausschuß geht durch Führerauslese der Kreisausschuß und aus ihm durch eine weitere Führerauslese der Volksrat hervor. Darum ist unser Volksrat auch keine Weimarer Schwabstube, sondern seit jeher ein echter Weimerrat unseres Volkes und seine meist einstimmig gefassten Beschlüsse sind nicht Ergebnisse des Majorisierungsprinzips, sondern eines durch Jahrhunderte lange Erziehung und Führerauslese entstandenen, gleichgerichteten Willens der sieb.-sächs. Nation. Ich glaube sogar, daß diese konservative und, wie Dr. Goebbels kürzlich sagte, „germanische Demokratie“ sogar Adolf Hitlers Bewunderung erregen würde. — Gegenüber dem bedingungslosen Gehorsam aber können wir hier, in einer freien Volksgemeinschaft, nur die freiwillige Unterordnung aus innerer Überzeugung verlangen. Und das war bis auf wenige Ausnahmen bisher immer der Fall.

* Der Aufsatz, der uns vom Verfasser bereits vor 8 Tagen mit der Bitte um Veröffentlichung zugesendet wurde, konnte wegen Raumangel leider erst in dieser Nummer erscheinen.

Die Schriftleitung.

50% REDUKTION auf der rum. Eisenbahn! Kommet nach BUKAREST! zu den großartigen FESTEN im PARK CAROL

Veranstaltet von der **UNIUNEA FONDATIILOR CULTURALE REGALE** vom 1. August bis 15. Sept. 1933

Kulturelle Darbietungen: Symphonische Konzerte, Gesang, Theater, Oper usw. // **Sportliche Darbietungen:** Box, Ringen, Rennen jeder Art usw. // **Luna Park** und Zersireuungen jeder Art, venezianische Gondelfahrten, Ueberraschungen usw. Täglich neues Programm // 50% Reduktion auf den rumänischen Eisenbahnen, Reduktion in den Hotels, Restaurants, Geschäften // Mit den zur Fahrt nach Bukarest gekauften Reisekarten kann man gratis die Rückfahrt antreten

3. Es muß eine Arbeitsteilung bei uns stattfinden, damit die vielen Kräfte ihren natürlichen und gesunden Betätigungsdrang erfüllen können.

4. Die politische Führung im Innern unserer Volksgemeinschaft gebührt den Vorstehenden des Volksrates, der Kreis- und Ortsausschüsse, nicht aber irgendwelchen von der Selbsthilfe emporgestemmen „Führern.“

5. Die kulturelle Führung obliegt unserem Bischof, unserer Geistlichkeit und unserer Lehrerschaft.

6. Die Erziehung unserer Jugend der Zusammenarbeit von Kirche, Schule und Elternhaus mit Unterstützung des selbstverständlich streng überparteilichen Jugendbundes, nicht aber der politischen Selbsthilfepartei.

7. Unsere politische Vertretung gegenüber dem Staat obliegt dem parlamentarischen Klub der Deutschen Partei unter Kontrolle der Volksräte und des Verbandes der Deutschen in Rumänien. Demgemäß hat die Selbsthilfepartei weder mit den Staatsbehörden noch mit politischen Parteien irgendetwas zu tun.

8. Unsere Verbindung nach Deutschland besorgen ausschließlich der Verband der Deutschen in Rumänien und die Volksräte bezw. die von ihnen Beauftragten. Die Tatsache, daß es bisher leider nicht immer so gewesen ist, berechtigt die Selbsthilfe in keiner Weise, heute nun auf Grund ihrer angeblichen Parteiverwandtschaft mit der NSDAP eigenmächtige Verbindung aufzunehmen. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, hat diese unstatthafte Auffassung durch seine beiden, von den Blättern der NSDAP tapfer totgeschwiegenen Äußerungen erst kürzlich zurückgewiesen. Bei dieser Gelegenheit kann ich auch nicht umhin zu erklären, daß sich jeder von uns schämen kann, der gegenwärtig überhaupt irgendwelche Stellen im Reich irgendwie in Anspruch nimmt, wo doch die Führer des neuen Deutschland wirklich gerade genügend mit ernstlichen Dingen beschäftigt sind. Und ein Schuft ist jeder, der heute auch nur tausend Mark von irgendwelcher Stelle im Reich borgt, geschweige denn sich schenken läßt, wo es uns doch allen hier in Siebenbürgen materiell viel besser geht als den Millionen arbeitslosen Volksgenossen in Deutschland. Hier und in diesem Sinne ist das Wort „Selbsthilfe“ am Platz.

9. Die Wirtschaftsfragen wären einem vom Volksrat in Zusammenarbeit mit unseren großen Wirtschaftsverbänden eingesetzten Wirtschaftsrat zu überweisen, und die sozialen und Arbeiterfragen könnten der Selbsthilfe zur Bearbeitung und Durchführung überwiesen werden, ebenso die Siedlungsfrage, diese vielleicht in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsverein.

10. Nach Erfüllung dieser Voraussetzungen mag dann die Selbsthilfe, wenn sie dazu noch Lust hat, als selbständige Partei auch weiter bestehen bleiben, wie der Hermannstädter Bürgerabend oder die dortige deutsch-sächsisch Volkspartei, die sich beide bisher immer in unsere Volksorganisation eingeordnet haben.

11. Zur Beseitigung der vielen persönlichen Fragen müßte ehebedingst ein volkstümliches Schiedsgericht ins Leben treten, nötigenfalls unter Mitwirkung hervorragender Deutschstammführer aus dem Reich oder aus den deutschen Siedlungsgebieten Europas. Einem solchen Schiedsgericht müßte besonders der in der Presse und in Versammlungen aufgerollte „Fall Brandtsch“ überwiesen werden, nicht nur im Interesse unseres Volkes, das Klarheit haben will, ob die gegen ihn erhobenen Beschwerden berechtigt sind oder nicht, sondern auch im eigenen Interesse Brandtschs, damit eine etwaige ungerechte Behandlung oder gar bewußte Verleumdung hinfört ihm und vielen anderen Volksgenossen gegenüber vermieden werde. Selbstverständlich müßte sich jeder Volksgenosse einem solchen Schiedsgericht hinfört stellen.

Soweit einige Punkte eines positiven Programmes. Im Uebrigen ist bis auf wenige Einzelheiten das vom Volksrat mit allen politisch interessierten Gruppen einvernehmlich ausgearbeitete neue Volksprogramm eine wertvolle Grundlage unseres inneren und äußeren Wiederaufbaues.

Ich schließe diese Ausführungen mit dem Wunsche, daß hinfört, nach diesen Aufklärungen, weder ein gutgläubiges Verwechseln der Verhältnisse im Reich mit den unseren vorkommen darf, noch eine schlechtgläubige Ausbeutung des Begriffes „Nationalsozialismus“ durch eine bestimmte Gruppe unseres Volkes statthalt ist. Adolf Hitler wird unser Bekenntnis zu ihm nur dann gerne entgegennehmen, wenn wir nicht als ein Parteigänger, sondern als die altgerühmte Volksgemeinschaft der Sieb. Sachsen vor ihn treten. Ich hoffe, daß die Selbsthilfe freiwillig von ihrer, nun schon von unserem ganzen Volk als schädlich erkannten Kampfmethode lassen wird und daß sie sich einfügt in das Volksganze. Geschieht dieses nicht, so werden wir zunächst unsere Volksgemeinschaft und später vielleicht einmal die Reichsführung selbst zum Schutze unserer Volksaufgaben herbeirufen müssen.

Der Landwirtschaftsminister über den Getreidemarkt

Landwirtschaftsminister Voicu Nikescu hat Freitag und Sonnabend Komitat und Stadt Braila besucht und dabei eingehend den Stand der Ernte und die Lage am Getreidemarkt studiert.

Minister Voicu Nikescu stellte fest, daß vorläufig kein Anlaß zur Besorgnis vorliegt. Die Ernte wird sowohl von den amtlichen Organen als auch auf privatem Wege als gut bezeichnet. In den Reihen der landwirtschaftlichen Produzenten ist keinerlei Erregung zu bemerken. Die Preise halten sich. Man hat in die von der Regierung geäußerte Sorge um die Verwertung des Getreides und zur Unterstützung der Landwirte Vertrauen.

Die Ausgabe der Steuergutscheine

Nachdem der Verwaltungsrat der Amortisationskasse die statistischen Arbeiten über die Schuldendrückstände der einzelnen Ministerien beendet und festgestellt hat, welche Schuldforderungen in Steuergutscheine umzuwandeln sind, hat der Verwaltungsrat beschlossen, mit der Einwechslung der Schuldforderungen und Steuergutscheine zu beginnen, und zwar zunächst für Gehälter, Pensionen, Lebensmittel- und Futtermittellieferungen. Die Inhaber solcher Schuldforderungen haben Gesuche um Umwechslung in Steuergutscheine bis zum 1. August d. J. einzureichen.

Herriot kommt nach Bukarest

Der gewesene französische Ministerpräsident Eduard Herriot kommt zu Beginn des nächsten Monats nach Bukarest. In diplomatischen Kreisen wird behauptet, daß sein Besuch mit einer besonderen Mission verbunden ist. Man erwartet seine Ankunft mit großem Interesse.

Deutschland übernimmt den Weizenüberschuß Rumäniens

Die Zeitungen veröffentlichen Einzelheiten über das deutsche Angebot zum Ankauf eines erheblichen Teiles der rumänischen Ernte durch Deutschland. Das Angebot erstreckt sich auf Weizen und auf Gerste. Das Konfortium ist gewillt, den gesamten Weizenüberschuß der rumänischen Ernte, der für die Ausfuhr zur Verfügung steht, anzukaufen und bringt einen Ueberschuß über den rumänischen Inlandspreis von 25 Prozent.

Die Steuereintreiber sind zu human

In einem Rundschreiben verleiht der Finanzminister seiner Unzufriedenheit wegen der lauen (!) Steuereintreibungen Ausdruck. Vom Finanzamtsinspektor angefangen bis hinunter zum letzten Finanzagenten werden alle Beamten beschuldigt, ihren Pflichten nicht nachzukommen, da andernfalls die Staatseinnahmen wesentlich höher sein müßten.

100.000 geistige Arbeiter arbeitslos

Der gewesene Generalsekretär des Arbeitsministeriums, hat eine Abhandlung über die Arbeitslosigkeit in Rumänien verfaßt, in der er ein besonderes Kapitel der Arbeitslosigkeit unter den Intellektuellen widmet. Der von ihm verfaßten Statistik zufolge haben wir im Lande 11.931 arbeitslose Volkshochschullehrer, 8000 arbeitslose Mittelschulprofessoren bezw. solche, die Mittelschulprofessoren werden wollen, 546 beschäftigungslose Schauspieler, 3000 Ärzte, 1500 Advokaten, 4500 beschäftigungslose Pharmazeuten, 34.000 Universitätsstudenten die in kurzer Zeit die Zahl der arbeitslosen Intellektuellen erhöhen werden. Dazu kommen noch viele tausende arbeitslose Privatbeamte usw. In diesen Zahlen sind weiter nicht einbezogen ungefähr 5000 Bakkalaureanten, die in dieser Prüfungs Session die Prüfung bestanden haben. Insgesamt haben wir demnach in Rumänien mindestens 100.000 beschäftigungslose Intellektuelle, also mehr als arbeitslose Handarbeiter. Dies gibt sehr zu denken, da die Intellektuellen die Führerschaft des Landes abgeben und eine derartige Arbeitslosigkeit unter den geistigen Arbeitern in sozialer, kultureller und politischer Hinsicht geradezu katastrophal wirkt.

Oesterreich

Die wirtschaftliche Lage in Oesterreich ist sehr ernst. Der Fremdenverkehr ist äußerst gering. Hotels mit 300 Betten, wie „Europa“ in Gastein, haben 14 Betten belegt. Ebenso traurig ist die Lage in Tirol.

Das Regime Dollfuß fährt das Verbot der NSDAP mit allen Mitteln durch. Wegen des Gebrauches des Hitler-Grüßes wurde in Rißbüchel die Frau des Kupferschmiedes Brunnsmied zu 14 Tagen, seine Tochter zu 10 Tagen Arrest verurteilt. In St. Johann in Tirol wurde aus dem gleichen Grunde ein Zahnarzt verhaftet, in Ruffeln wurden wegen dieses Grüßes drei Mädchen zu je 24 Stunden Arrest verhaftet.

In Krems wurde das Tragen von Kornblumen, die als Ersatz für das verbotene Abzeichen der NSDAP angesehen werden, verboten. Der frühere Gemeinderat Hans Kemmer, der trotzdem die Kornblume im Knopfloch trug, wurde zu 48 Stunden Arrest verurteilt.

In Tirol und in Steiermark sind die Sicherheitsmaßnahmen ungemein verschärft worden. Alle Brücken und Tunneln werden von Heimwehrlenten bewacht. Auch die Jäger und Straßensoldaten werden streng überwacht.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich steht bevor.

Deutschland

Die Reichsregierung hat in ihrer letzten Sitzung zahlreiche wichtige Gesetze genehmigt. In erster Reihe wurde ausgesprochen: 1. Daß das Vermögen von Staats- und volksfeindlichen Personen und Organisationen eingezogen werden kann; 2. Daß die Staatsbürgerrechte von Personen gestrichen werden können, die sich dazu als unwürdig erweisen haben. Bei dieser Streichung kommen nur Personen in Frage, die sich zwischen dem 6. November 1918 und dem 30. Januar 1933 in Deutschland niedergelassen haben; 3. Die Gründung von neuen politischen Parteien ist untersagt; 4. Für die Durchführung eventuell notwendig erscheinender Volksabstimmungen muß ein neues Gesetz geschaffen werden; 5. Das Konkordat mit dem Vatikan wurde gutgeheißen; 6. Desgleichen auch die neue Verfassung der evang. Kirche; 7. Zum Schluß erteilte die Reichsregierung dem Spielfeld Baden die Spielerlaubnis als einzigem solchem Kasino im Reich. Der Reingewinn aus dem Kasino wird für nationale Zwecke verwendet. Im Sinne des Gesetzes über die Einziehung der Vermögen von als staatsfeindlich erkannten Parteien, kann das gesamte Vermögen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingezogen werden.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt gibt folgendes bekannt: Um bei den Arbeiten der Reichsregierung die Erfahrungen der praktischen Wirtschaft zu verwerten, beruft der Reichskanzler einen „Generalkrat der Wirtschaft“, dessen Mitglieder die Aufgabe haben, der Reichsregierung zur Beratung in allen wirtschaftlichen Fragen zur Verfügung zu stehen. Der „Generalkrat der Wirtschaft“ tritt jeweils auf besondere Einladung zusammen.

Das preussische Innenministerium veröffentlicht eine Liste der ausländischen Zeitungen und Zeitschriften, die auf dem Gebiete Preußens verboten sind. Am 1. Juli 1933 waren 291 Zeitungen verboten, und zwar 16 tschechoslowakische, 48 österreichische, 38 französische, 12 amerikanische, 2 argentinische, 2 kanadische, 2 lettische, 9 aus Danzig, Schweden und Rumänien, 5 spanische, 5 britische, 9 holländische, 5 luxemburger, 8 laarländische, 25 schweizer und 11 sowjetrussische Zeitungen.

Die „Deutsche Zeitung“ wurde auf drei Monate verboten und die Schriftleiter des Blattes in einem Internierungslager untergebracht. Anlaß zur Einstellung des Blattes gab ein Artikel, in welchem von Balbo behauptet wurde, er sei getaufter Jude. Darin erblickte die Regierung eine ernste Gefährdung der guten Beziehungen zu Italien. Die Spenden für die Förderung der nationalen Arbeit haben bereits den Betrag von 10 Millionen Mark erreicht.

Reichskanzler Hitler hat an Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in welchem er ihm die Mitteilung macht, daß auch der Konflikt innerhalb der evangelischen Kirche in Preußen aus der Welt geschafft worden ist.

Das Luftschiff Graf Zeppelin hat den Rückflug aus Amerika angetreten und damit bisher 600.000 Flugkilometer zurückgelegt.

Das Berliner Verlagshaus Rudolf Mosse hat die Zahlungen eingestellt und um Ausgleich angelocht.

Zwischen der nationalsozialistischen Partei und dem aufgelösten Zentrum ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach im Sinne des Konkordates familiäre Beziehungen aus dem Reichstag ausscheiden. Auch die weiblichen Abgeordneten des Zentrums werden ihre Mandate niederlegen. In Zukunft werden weder Geistliche, noch Frauen dem Reichstag bezw. Landtag angehören.

Katastrophale Mißernte in Amerika

In den Vereinigten Staaten rechnet man heuer mit einer Mißernte, wie sie seit 1893 nicht zu vergleichen war. Schätzungsweise wurde die diesjährige Ernte mit 396 Millionen Bushel festgestellt, während die Ernte im vergangenen Jahr 679 Millionen Bushel betrug.

Das Ergebnis der Reifepfahrungen

Laut einem Bericht des Unterrichtsministeriums haben sich in diesem Jahre insgesamt 7819 Kandidaten zu den Bakkalaureatsprüfungen gemeldet, von denen 5760 die Prüfung mit Erfolg bestanden, was einem 70-prozentigen Ergebnis entspricht.

Aus Bistritz

Gottesdienst. Sonntag, den 23. Juli l. J., predigt Stadtpfarrer Dr. Molitoris.

Kirchliche Pensionisten. Auszahlung der Juli-pensionen Sonnabend, den 22. Juli l. J., vormittag 9-12 Uhr im kirchlichen Kasellant.

Karpatenverein. Die geehrten Mitglieder werden zu der Sonnabend, den 22. Juli l. J., abends 9 Uhr in der Gastwirtschaft „Haller“ (Ungargasse) abzuhalten den Sektionsversammlung hiemit höflich eingeladen. Tagesordnung: 1. Jahresbericht 1932, 2. Jahresrechnung 1932, 3. Mitgliederbeiträge und Hüttengebühren 1933, 4. Finanzfragen, 5. Auslösung von Anteilgebern, 6. Berichte und Mitteilungen, 7. Neuwahl der Leitung, 8. Freie Anträge. Die Sektionsleitung: Wenning m. p., Obmann,

Verwaltung und Geschäftsleitung:
Bistritz, Siebenbürgen, Marktplatz Nr. 48.
Anzeigenannahme in der Verwaltung (Marktplatz
Nr. 48). Der Raum einer einspaltigen Zeile
kostet bei 6.—, bei öfterem Erscheinen Nachlag.
Handschriften werden nicht zurückgeschickt.

Bistritzer

Deutsche Zeit

Organ für völkische Interessen.

Seitengestaltung:
Mit Ausstattung vierteljährig mit Beilage 80.—,
ohne Beilage 85.— Bei: fürs Ausland mit Beilage
140.—, ohne Beilage 150.— Bei:
mit Beilage 77.—, ohne Beilage 82.—
nummer mit Beil. 5.—, ohne

Dr. Heinrich Zillich
Dr. G. Schnellstraße 4
Brasov

mit Bilderbeilage Nr. 40

Gemeinsame Ausgabe der „Bistritzer Deutschen Zeitung“ und der „Sächsisch-Regener Nachrichten“. Erscheint jeden Dienstag und Freitag

21. Jahrg., 79. Nummer

Bistritz, Freitag, den 13. Oktober 1933

Verantwortlicher
Schriftleiter: Gustav Ziteli

Deutsche Pressestimmen zum Sachsentag

Wir geben im Nachfolgenden eine vollkommen unparteiische Uebersicht über die bisher vorliegenden deutschen Pressestimmen:

Das „S.-D. Tageblatt“ schreibt u. a.: „Wir stehen nicht an zuzugeben, daß Vorbereitung und Verlauf des Sachsentages im Zeichen der Erregung standen, die eben im Zusammenhang mit diesem Tage unsere Volksstimmung seit anderthalb Jahren bewegt. Nimmt man diese Tatsache einfach als gegeben an, ohne mit Lob oder Tadel darüber zu urteilen, dann kann man feststellen, daß sich die sächsische Disziplin auch auf diesem Sachsentag bewährt hat. Dann kam die Einflussnahme auf die Verhandlungen durch Zwischenrufe, Sprechhöre und andere Ruhestörungen. Besser wäre es, dies wäre nicht gewesen, und zu hoffen wäre es, wenn wir die Einbürgerung dieser Methoden des angeblich überwundenen parlamentarischen Systems vermeiden würden. Aber man nehme die Dinge nur wie sie sind. ... Zu ernstem Bruche der Versammlungsbilanz ist es dennoch nicht gekommen. ... Entscheidend ist doch die Frage, ob wir trotz gelegentlicher Zusammenstöße in der Debatte uns zuletzt dennoch in der Einheit unseres völkischen Bekenntnisses zusammenfinden können. Solange das Ziel uns gemeinsam ist, solange wir nach außen als geeintes Volk für unsere Sache eintreten, können wir auch eine schärfere Form unserer inneren Auseinandersetzungen in Kauf nehmen. Diesen Ausklang einmütiger völkischer Rundgebung aber hat uns der Sachsentag in vollem Maße gebracht.“

Nun ist mit der vollzogenen Beschlussfassung über das neue Volksprogramm ein fester Grundstein für die Auseinandersetzungen gegeben, die wir in den nächsten Wochen zu erwarten haben. Aus der Schaffung dieses Volksprogrammes geht die Durchführung der Neuwahlen für unsere völkischen Körperschaften hervor. Neben der Tatsache des starken Zugewinns, den die NSDAP im Laufe eines Jahres in unseren Städten und Landgemeinden erhalten hat, besteht auch die andere Tatsache, daß jede unserer sächsischen Gemeinden ihr bestimmt ausgeprägtes Eigenwesen hat und daß unser volkspolitisches Leben auch heute unter vielfachen Auswirkungen mannigfacher Umstände steht. Die konservative Einstellung einer Bauernschaft, die so eng verbunden wie unsere auf ihrer Väter-Wohle steht, ist kein Hindernis dafür, mit einer neuen Bewegung von so großer Kraft, wie der Nationalsozialismus sie hat, mitzugehen. Wo einer Partei die Machtmittel der Staatsgewalt nicht zur Verfügung stehen, da wird sie den Wert der freiwilligen Gefolgschaft umso höher in Anschlag bringen müssen, je größeren Anteil sie an der verantwortlichen Leitung hat. Für eine Volksminderheit in fremdsprachigem Staatsverband ist das ganze Schicksal in die Frage gelegt, wie weit die Volksgenossen freiwillige Gefolgschaft und schaffensfreudige Mitarbeit dargubieten gewillt sind.“

Die „Kronstädter Zeitung“: „— die Reihen fest geschlossen!“ Dr. Th. „Versucht man nach dem Sachsentag in die Tiefen unserer Volksseele, so spürt man ein befreites Aufatmen, ja eine ruhige Entspannung. Seit mehr als zwei Jahren sind die Blicke unseres Volkes und — soweit für unsere deutschen Volksangelegenheiten Interesse besteht — darüber hinaus des Landes, auf diesen Tag gerichtet gewesen, der schon vor einem Jahr, dann im Frühjahr dieses Jahres hätte stattfinden sollen und nun endlich am 1. Oktober in Hermannstadt in einem gewaltigen Aufschwung der Volksseele Ausdruck gefunden hat. Das war der Sinn des fünften Sachsentages: ein Haus zu bauen, in dem alle Volksgenossen, alle Strömungen und Richtungen Raum finden. Fragen wir uns, ob dieses Ziel auch tatsächlich erreicht worden ist, so können wir mit einem freien und freudigen „Ja!“ antworten.“

In diesem Bekenntnis zur Einheit sehen wir das bedeutendste Ergebnis des Hermannstädter Sachsentages. Ueber diesem Gemeinsamen, das den Sachsentag zu einem geschichtlichen Tag und, wie wir hoffen, zu einem Wendepunkt für unser Volk gestaltete, verschwindet für uns das Trennende, Kleinliche und Nebenlächtige vollkommen. In einer Massenversammlung von 6000 Menschen ist es unvermeidlich, daß nicht nur die Volksseele, sondern auch die Massenseele spricht und ihre weniger schönen Seiten enthüllt. Wir wollen das nicht tragisch nehmen. Wohl durfte sich mit Recht mancher schwer darüber kränken, wenn unreife Jungen, die nur der Großartigkeit der „Mitten“ es dankten, daß sie Zeugen eines geschichtlichen Tages sein durften, im selbstlosen Volkssdienst ergrauten Volkshelfern zuriefen: „Photographiert sie, die Volkverräter!“ Die Pfeife und das Pfeifen, die von Dächern

und Fenstern aus dirigierten Sprechhöre konnten an einer in ruhiger Ueberlegung gebildeten Ansicht über die Zweckmäßigkeit des einen oder anderen Paragraphen gleichfalls nichts ändern. Im Ganzen genommen ist das neue Volksprogramm, über dessen einzelne Bestimmungen hier noch zu sprechen sein wird, eine durchaus brauchbare Grundlage des völkischen Wiederaufbaues, mag man bei diesem oder jenem Punkt auch noch ernste Sorgen, ja Befürchtungen hegen. Es wird an uns allen liegen, Schäden abzuwenden und den größtmöglichen Nutzen für das Gemeinwohl hervorzuholen. Entscheidend aber wird nur die seelische Grundhaltung sein, mit der unser Volk an die Durchführung des neuen Volksprogrammes herangeht. Ein starkes neues Lebensgefühl hat sich an diesem Tage in Hermannstadt auch äußerlich deutlich zu erkennen gegeben und auch wer es nicht begreift und mitempfindet, wird es als einen der stärksten Faktoren unserer nächsten Zukunft beachten müssen. Wer in dem so stark zum Ausdruck gekommenen neuen Lebensgefühl die groben Schlacken und Schönheitsfehler zu übersehen vermag, wird nach diesem Sachsentage gerne in den neuen Rhythmus der zweiten deutschen Hymne eingestimmt haben. Wir können die Fahne seit diesem Tage höher heben, wer immer sie unseren geschlossenen Reihen vorantragen mag!“

„Neue Zeitung“: „Auf der neugeschaffenen Grundlage gilt es nun aufzubauen. Damit dieses Bauen rasch vorwärts schreite, müssen verschiedene Hemmnisse, die ihm hindernd im Wege stehen, gleich von Anbeginn weggeräumt werden. Es muß die Leitung, der Volksrat, dem die Durchführung aller am 1. Oktober gefassten Beschlüsse obliegt, zur rechten Zeit aufrechterhalten werden auf Dinge, die infolge Kürze der zur Verfügung gestandenen Zeit auf dem Volkstag nicht in allen Einzelheiten gesagt worden sind. — Auf keinen Fall trifft die Schuld des etwas gestörten Verlaufes des Sachsentages den Leiter oder die Leitung. Im Gegenteil! Alle Achtung vor ihrer Arbeit! Die Schuld betrifft die vielen ungenutzten gegenwärtigen und noch vor einem, zwei Jahren gewesenen Schüler, die noch gar nicht reif sind für Politik. Sie haben sich in geradezu herausfordernder Weise benommen. Wo liegt der Grund zu solchem Benehmen? Das ist doch nicht etwa der Geist des Arbeitslagers? Nun, der ist es nicht, sondern vielmehr Uebertreibung der Jugendführer in der Heranziehung der Jugend zur völkischen Arbeit. Da wächst dann dem Unmündigen und Minderjährigen der Mut an unrichtiger Stelle. Es ist schon viel von Verpolitisierung der Jugend gesprochen worden und mit Recht. Wir haben die Früchte dieser „Jugenderziehung“ auf dem Sachsentag zu genießen bekommen.“

Zur Erneuerung gehört Offenheit, Klarheit und Wahrheit und vor allem eine Abkehr von jenen Methoden, die sich als falsch erwiesen haben. Solche hat es gewiß in unserem öffentlichen Leben in der Vergangenheit auch reichlich gegeben, aber ebenso müssen wir eine Abkehr verlangen von den Methoden, die die „Volkserneuerer“ bei uns heimlich gemacht haben, denn sie führen unabänderlich zum Volksverderben, sie müssen zu einer Spaltung innerhalb unseres Volkes führen, weil wir die Zukunft des Deutschthums in Rumänien durch diese Methoden nicht gewährleisten können, im Gegenteil sehen wir die Zukunft unseres Volkes aufs schwerste gefährdet.“

Der „Sächsisch-Regener Nachrichten“ schreibt unter dem Titel: „Der Sachsentag im Zeichen des Sieges der NSDAP; Das Volk hat gesprochen, Brandstiftung mußte schweigen!“ u. a. folgendes: „Man rechnete auf eine starke Beteiligung — und unsere „offiziellen“ Kreise fürchteten sie — aber der Zustrom in den großen Hof der Evang. Mädchenschule übertraf alle Erwartungen und Befürchtungen. Die NSDAP führte unabsehbare, endlose Kolonnen aus allen deutschen Siedlungsgebieten des Landes herbei und das Straßenbild Hermannstadts stand durch Tage hindurch im Zeichen der von der Erneuerungsbewegung zum Abzeichen gewählten blauen Kornblume. Schon am Vorabend des Sachsentages dröhnte hinter Musikkapellen her der Gleichschritt dieser Bataillone durch die Straßen Hermannstadts und als am 1. Oktober bei eingebrochener Nacht unser Führer Fritz Fabritius, umgeben von seinem Stabe, vom Kraftwagen aus den Vorbeimarsch der versammelten Gefinnungsgenossen an der historischen Stätte der „unteren Promenade“ abnahm, zogen tausende von Nationalsozialisten unter brausendem „Siegeheil“ vorbei, darunter auch der junge „Mädchenvolksdienst“ der Bewegung. Sie alle, die hier Gelegenheit hatten, den Aufbruch des deutschen Nationalsozialismus in Rumänien zu erleben, wußten es: die Schlacht um die Führung war siegreich geschlagen, der Durchbruch gelungen, die „offizielle“

Volkshführung zur Kapitulation gezwungen worden. Daß der Sachsentag nicht ohne leidenschaftliche Auftritte verließ, ist angesichts des verzweifeltsten Widerstandes der in ihrer politischen Existenz bedrohten bisherigen Führer selbstverständlich. Voran marschiert das verjüngte der Deutschen: Ihre in Begeisterung entbrannte Jugend.“

„Sachsenburg“: Die nationalsozialistische Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien (NSDR) hat nach schwerem Kampfe einen eindeutigen Sieg über unsere bisherige völkische Führung davongetragen. Das sächsische Volk selbst hat ihr diesen Sieg zuerkannt, 6000 Volksgenossen sind seine Zeugen.“

Diese Tatsache ist das bedeutendste Ergebnis des Hermannstädter Sachsentages und sie ist zugleich sein tiefster Sinn! ...

Das sächsische Volk hat den Sieg über sich selbst davongetragen: Ueber seine Teilnahmslosigkeit und seine Bequemlichkeit, über seine Verstocktheit und Rauheit, über seine unwürdige, ja belächelnde bisherige gefinnungsmäßige Abhängigkeit von wirtschaftlich einflussreichen Machthabern und über die Feigheit, die es oft und mancherorts davon abhielt, ein freies Wort frei auszusprechen. Aber auch über seinen Eigensinn und seine Ueberheblichkeit, die beide — auf die in letzter Zeit so oft mißbrauchte Wendung von den „Deutschesten der Deutschen“ hinweisend — die Notwendigkeit, daß auch wir Nationalsozialisten erst wieder werden müßten, verneinten. Auf dem Sachsentage hat das sächsische Volk endlich wieder einmal sein Herrenwort gesprochen und damit eine neue Zeit eingeleitet, in der es nun wieder heißen wird: „Wo keiner Herr und keiner Knecht!“ ...

Das sächsische Volk beginnt nach Jahren des Zweifels wieder zu vertrauen, seine schmerzhafteste Sehnsucht nach lebendiger Autorität hat sich in Fritz Fabritius endlich erfüllt! Sieg-Heil dem Führer!

Die „Banater Deutsche Zeitung“ widmet die ersten drei Seiten des Blattes dem Sachsentag und unterteilt den Bericht den Worten: „Die deutsche Volkseinheit in Siebenbürgen neu befestigt.“ Zu diesem Sinne schreibt die Zeitung in den einleitenden Abschnitten: „Zu den schweren Kämpfen, die an der Außenfront um den Lebensraum schließlich ununterbrochen geführt werden mußten, zu den Schlägen, die die Krise auf das entwickelte sächsische Wirtschaftsleben niederausließe, kamen in den letzten zwei Jahren innere Auseinandersetzungen von einer Leidenschaft und Erbitterung hinzu, die den sächsischen Volkstörper mit tiefen Sprüngen überzog.“

Das sächsische Volk stand im schärfsten Widerstreit der großen nationalsozialistischen Volksbewegung und der gewaltigen historischen Umwälzung im Deutschen Reich. Ein Ringen um die Neugestaltung des deutschen Lebens in Siebenbürgen nahm damit seinen Anfang. Kräfte und Gegenkräfte schienen immer stärker auseinanderzutreiben und es hatte für diejenigen, die die geschichtliche Gewalt der von Geschlecht auf Geschlecht vererbten sächsischen Volkseinheit nicht richtig einschätzen wußten, den Anschein, als ob die Sachsen am Vorabend unverföhnlicher Spaltungen stünden. Zwei Tage vor dem Zusammentritt des Sachsentages kündigten Bukarester Zeitungen, deren Aufmerksamkeit schon seit Wochen auf die sächsische Volkstagung gerichtet war, triumphierend an, die Abspaltung der Selbsthilfebewegung sei nicht mehr aufzuhalten. Es war ein Trugschluß. Die deutsche Volkseinheit in Siebenbürgen wurde mit einem heiligen Gelübnis neubefestigt. Der Bericht klingt aus in den Satz: „Das Sachsenvolk gibt sich nicht verloren.“

Die „Mediascher Zeitung“ schreibt: „Zwischen dem 4. und 5. Sachsentag liegen 14 schwere Jahre, erfolgt die opfervolle Umkehr des sächsischen Volkes zur Selbstbesinnung, steht der Anfang einer machtvollen Bewegung, die uns aus der Zeit der Not in eine schönere Zukunft führen will. In denselben 14 Jahren entsteht aber auch Mißtrauen, Angst und Gefährlichkeit, tut sich eine tiefe Kluft auf zwischen Volk und Führung. Der 5. Sachsentag hat den Mut des Volksrates, eine Entscheidung unter allen Umständen herbeizuführen, vollauf gerechtfertigt. Wohl prallten die gegenteiligen Meinungen heftig aufeinander, wohl schien es oft, als ob die neue Art des Stimmungsmachens durch die Sprechhöre der NSDAP für die Nerven der Volksratsmitglieder zu roh und für die Geduld der Leitung zu gefährlich sei; doch gelang es stets den vereinten Bemühungen des Volksratspräsidenten und der Führer der Selbsthilfe, die Ruhe wiederherzustellen und den reibungslosen Verlauf der Verhandlungen zu sichern.“

Die „Czernowitzer D. Tagespost“ schreibt u. a.: „Mit Spannung blickte das gesamte rumänische Deutschthum in

diesen Tagen auf Hermannstadt, wo am ersten Oktober der „Sachsentag“, eine Art verfassunggebende Versammlung der Siebenbürger Sachsen, stattfand. Auf eine acht-hundert Jahre alte Vergangenheit als Minderheit zurückblickend, sind die Sachsen der feste Kern des Deutschtums in Rumänien und es kann den übrigen deutschen Siedlungsgebieten keineswegs gleichgültig sein, was im Lager der Sachsen vorgeht. Gerade hier aber, unter den Siebenbürger Sachsen, die immer ein Muster geschlossener Einheit waren, drohten die weltanschaulichen Kämpfe, die das Deutschtum in der ganzen Welt durchmacht, eine Zersplitterung der Volksorganisation herbeizuführen. Der „Sachsentag“, der diese Gegensätze einem Ausgleich zuführen sollte, war vom Frühjahr auf den Herbst verschoben worden, was zur Folge hatte, daß die Gegensätze in erbitterte Kämpfe ausarteten. Jetzt galt es, dem sächsischen Volke ein Programm und Richtlinien zu geben, die zu einer vollkommenen Volksgemeinschaft führen und den Sachsen für alle Zukunft die Erhaltung der völkischen Eigenart Gewähr leisten sollen.

Die „Landwirtschaftlichen Blätter“ schreiben: „Wenn auch dieser Sachsentag zuzeiten etwas stürmisch war, so hatte man am Schluß doch das erhebende Gefühl, daß der von manchen gefürchtete Volksbruch nicht eingetreten ist, sondern daß die Liebe zum eigenen Volk und das Bewußtsein, für die Zukunft ein Werk geschaffen zu haben, das einen Neuaufbau unseres Volkes ermöglicht, alle Gemüter freudig erfaßte. Die Jugend unseres Volkes ist im Anmarsch und sie soll im Verein mit den Männern unseres Volkes die Zukunft vorbereiten, zu der die Volkshaltung den ersten Schritt bedeutet.“

Die „Aulausbürger“, „Deutsche Zeitung“ schreibt u. a.: „Schon die Entschliebung erweist, daß der letzte Sachsentag, der in Hermannstadt in herzerhebender Weise tagte, die Einigkeit in unserem Volkstörper hergestellt hat, eine Einigkeit, die, so wollen wir hoffen, in nicht allzuferner Zeit alle deutschen Volksgenossen unseres Vaterlandes Rumänien in gleicher Kraft und aus dem lauten Volkswort quellender Stärke umfassen und jene Schicksalsgemeinschaft unter uns schaffen soll, die uns allein das volle Vertrauen für unseren Bestand in alle Zukunft sichern kann.“

Die „Deutsche Zeitung Bessarabiens“: „Der erste Sonntag im Oktober war auch für das Deutschtum in Rumänien von richtungsgebender Bedeutung. Zwar war in Hermannstadt nur das sächsische Volk zu einer verfassunggebenden Versammlung, zum sogenannten (fünften) Sachsentag, einberufen, aber die Gedanken, welche der Veranstaltung zu Grunde lagen, und die Beratungen, welche die Probleme dieser Gedankenwelt auslösten, gingen über den engen sächsischen Rahmen hinaus und waren wegberührend für die Entwicklung unseres gesamten deutschen Volkstums in Rumänien. Die Fragen, welche am Sonntag in Hermannstadt behandelt und in volksbewußter Weise einer vorläufigen Regelung zugeführt worden sind, werden in gleicher oder ähnlicher Form auch an das Deutschtum der übrigen Siedlungsgebiete, somit auch an uns herantreten und wir wollen hoffen und wünschen, daß das deutsche Volk überall an die grundlegenden Fragen seines Seins mit derselben würdigen und starken Überzeugungstreue und Geschlossenheit herantrete, wie es das Vorbild des fünften Sachsentages gezeigt hat.“

Die Frauen auf dem Sachsentag.

1. Am Vorabend.

Am Sonabend versammelten sich etwa 70 Frauen, Vertreterinnen aus allen Teilen unseres Sachsenlandes, halb 9 Uhr zu einer Beratung im Zeichenaal der Mädchenschule.

Nachdem die Vorsitzende der Hermannstädter Frauenvereinigung, Lehrerin Klara Binder, die Erschienenen herzlich willkommen geheißen hatte, begrüßte die Bundesleiterin, Frl. Amalie Musotter, auch ihrerseits die Frauen. Hierauf entrollte sie vor den Zuhörerinnen ein Bild von der Arbeit der sächs. Frau im öffentlichen Leben. Sie schilderte: 1. den Eintritt der sächs. Frau in das öffentliche Leben durch die Gründung der verschiedenen Frauenvereine, 2. die Teilnahme der sächs. Frau am wirtschaftlichen Leben in der Kriegs- und Nachkriegszeit, und 3. die Mitarbeit der sächs. Frau in unseren kirchlichen Körperschaften und der völkischen Organisation. — Die Vorsitzende geht über zu kurzer Beprehung des auf dem Sachsentag zur Verhandlung stehenden Volksprogrammes, vor allem der Punkte, die sich auf Pflichten und Rechte der sächs. Frau beziehen. Ausführlicher spricht sie über die Arbeit der Vertrauensfrau auf dem Lande und sieht die Hauptaufgabe derselben darin, daß sie die Vermittlung zwischen Stadt und Land übernimmt und der Pfarrfrau bei ihrer oft nicht leichten Arbeit in der Gemeinde helfend und unterstützend beisteht.

In der sich anschließenden sehr regen Aussprache werden von verschiedenen Frauen die folgenden Fragen angeschnitten und erörtert:

1. Welche Rolle spielt die Frau im national-sozialistischen Staat unseres deutschen Mutterlandes?

2. Welches ist der wesentliche Unterschied in der Stellung der sächs. Frau im völkisch-politischen Leben gegenüber der Stellung der reichsdeutschen Frau? — Der sächs. Frau wird man die politischen Rechte und Pflichten, die ihr das rumänische Staatsgesetz zubilligt, nicht entziehen dürfen, soll die Zukunft und das Wohl unseres Volkes nicht gefährdet werden. Ebenso ist eine aufbauende und erhaltende völkische Arbeit ohne intensivierte Teilnahme der sächs. Frau nicht denkbar.

3. Wie leiten wir unsere Mädchen, denen allmählich immer mehr Verdienstmöglichkeiten verloren gehen, in der Zukunft in rein weibliche Berufe über?

4. Wie denken wir uns eine Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land zur Vermittlung von Dienststellen und Diensthöfen?

5. Wie stellen wir sächs. Frauen uns zur Frage der Haustöchter?

2. Der Sachsentag.

Der Sachsentag brachte den Frauen die reifliche Erfüllung aller jener Wünsche, die sie in Zusammenarbeit mit ihrer politisch-völkischen Organisation in das Volksprogramm hineingebracht hatten. Es sind kurz gesagt folgende:

Auf dem künftigen Sachsentag werden als stimmberechtigte Mitglieder teilnehmen:

Je 10 Frauen der Kreise Bistritz, Mediaş und Schäßburg, und je fünf Frauen der übrigen 9 Kreise; ferner mit beratender Stimme alle Frauen, die das 21. Lebensjahr erfüllt haben.

Im künftigen Volksrat haben Sitz und Stimme: Von Amts wegen je eine Frau des deutsch-sächs. Frauenbundes und des Allgem. ev. Frauenvereines; außerdem entsendet jeder Kreisausschuß eine Frau als ordentliches und eine Frau als Ersatzmitglied.

Ferner soll unter den 21 Mitgliedern des Volksrats aus dem Kreisausschuß des Volksrates auch eine Frau sein.

Für die Wahlen in die Kreisausschüsse besitzen das aktive Wahlrecht alle nach dem Verwaltungsgegesetz wahlberechtigten Frauen deutsch-sächs. Volkszugehörigkeit, das passive Wahlrecht jede 21 Jahre alte Frau, auch wenn sie das Wahlrecht nach dem Verwaltungsgegesetz nicht hat.

Von Amts wegen sind im Kreisausschuß je eine Vertreterin der deutsch-sächs. Frauenvereinigung sowie des Ortsvereines des Allg. ev. Frauenvereines.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder bestimmt der Kreisausschuß im eigenen Wirkungskreis, doch muß diese mindestens 10 Prozent der Gesamtzahl der Gewählten ausmachen.

Ganz ähnlich wie in den Kreisausschüssen sind die Frauen auch in den Ortsausschüssen vertreten. Bei den kleinsten Gemeinden ist die Anzahl der weiblichen Mitglieder leider nicht prozentuell festgelegt.

Soweit gehen die Beschlüsse des Sachsentages die Frauen betreffend.

3. Nach dem Sachsentag.

Ein mehrstündige Aussprache vereinigte die Frauen am Montag abends in der Mädchenschule. Mit dem Blick auf die Verhandlungen auf dem Sachsentag stellen die Frauen fest, daß sie, trotzdem der geistige Tag die große, erfreuliche Begeisterung der Jugend für die Teilnahme an der völkischen Arbeit gezeigt hat, mit banger Sorge der Zukunft entgegensehen. Aus dem tiefen Ernst der Sachlage heraus beschließen die Frauen die Frage zu behandeln:

Welchen Weg sollen wir gehen, um die jetzt in der völkischen Arbeit stehende ältere Generation der Frauen mit der zur Arbeit herandrängenden jungen weiblichen Generation zu vereinigen in fruchtbringender Zusammenarbeit zum Wohle unseres Volkes?

Die Bundesleitung wird beauftragt, aus diesem Grunde bald möglichst eine Frauenversammlung zusammenzubringen und Vorschläge auszuarbeiten, die bei der Aussprache als Grundlage dienen sollen. Nachdem die Frauen beschlossen, durch einen Fahrtkostenausgleich zu ermöglichen, daß Vertreterinnen aller sächsischen Gebiete an dieser für die künftige Frauenarbeit so wichtigen Sitzung teilnehmen können, gehen die Frauen auseinander.

Vorhang auf!

Die Eröffnungsvorstellung des Deutschen Landestheaters mit „Wilhelm Tell“ am 29. September stand im Zeichen eines Festes. Das Theater war reich mit Tannengrün, Fahnen und Wappen geschmückt. Von Loge zu Loge schlang sich das frische Grün der Tannen; strömte einen weichen Duft aus, Stimmung und Erwartung lagen im reichgefüllten Raume; spiegelten sich im Antlitz der geladenen Festgäste, unter denen man folgende Persönlichkeiten bemerken konnte: Seine Hochwürden Bischof D. Dr. Viktor Glombys I. S.; In Vertretung des Korpskommandanten Economu, General Drescovici I. S.; Bürgermeister Dr. W. Gortz I. S.; Stadtpfarrer D. Friedrich Müller I. S.; Komitatspräsident Dr. Coriolan Stefan I. S.; Unterstaatssekretär Rudolf Brandtsch I. S.; Dr. Hans Otto Roth I. S.; Dr. C. Schnell, Kronstadt; Rittmeister A. Dr. Frick Fabritius; Architekt Buertmes; Dr. Otto Frick Jitzel; Abg. Frick Connerth; Generaldirektor Dachler; Abg. Dr. Hedrich; Polizeipräsident Stefanesco; Senator Karl v. Möller, Temesvar; Dr. Julius Bielz; Generaldirektor Dr. Krauß; Rektor Dr. Hans Connerth; Prof. W. Schunn; Lyzealdir. Selma v. Hannenheim; Dr. W. Gust, Kronstadt; Hauptkassier Emil Neugeboren. Die Hauptkassierleiter der hiesigen Presse: Oberstleutnant Ott, Fr. Dr. Gerda Rottmann, Prof. Ernst Buchholzer. Auswärtige Gäste: Kirchenvater Dr. Dngneth, Kronstadt; Dr. Richard Thör, Kronstadt; Generaldir. F. Fabricius, Temesvar; W. Joith, Kronstadt; Prof. Rosenauer, Kronstadt; Prof. Gustav Schuster, Mediaş. Von den Mitgliedern des Gründerausschusses der Deutschen Theatergemeinschaft waren anwesend: A. Uez v. Straubenburg; Prof. Julius Draosler, Mediaş; Prof. Dr. Folbert, Mediaş; Prof. Dr. Heinrich Jitzel, Kronstadt und fast alle Persönlichkeiten unserer zahlreichen Mitglieder.

Junge saubere Kartenabnehmerinnen mit wappengeschmückten Stirnbändern geleiteten die Gäste auf ihre Plätze. Alles atmete neuen Geist, alles lag im Banne des neuen Theaterabends. Im Banne eines mutigen Startes, dessen Ziel zwar weit, doch nicht unerreichbar aufginge.

Richard Breckner.

Danktelegramm des Königs an den Sachsentag

Der Volksratspräsident hat folgendes Telegramm erhalten: „Dr. Carl Schnell, Präsident des sächsischen Kongresses, Braşov. S. S. Kastell Beleş. Seine Majestät der König dankt für die im Namen des sächsischen Volkes dargebrachten Versicherungen der Treue zu Krone und Staat. Privatsekretär Seiner Majestät des Königs P. Dumitrescu.“

Große Vorbereitungen zum Empfang Titulescus in Sofia

Titulescu wird in Sofia für den 12. Oktober erwartet. Am 11. Oktober traf der bulgarische Ministerpräsident Mischanoff in Sofia ein. Nach einstündigem Aufenthalt in Sofia fuhr Titulescu seine Fahrt nach Angora fort. In Sofia wird dem rumänischen Außenminister ein großartiger Empfang bereitet werden. Der Zweck der Reise besteht bekanntlich in Verhandlungen über ungeklärte Punkte der bulgarisch-rumänischen Beziehungen, im besonderen über das Problem der rumänischen Schulen in Bulgarien. Des weiteren wird noch das Problem des Sequesters der bulgarischen Güter in Rumänien und das Luftabkommen zwischen den beiden Staaten verhandelt werden. Titulescu hat aber noch eine besondere politische Mission, die den Rahmen der gegenwärtigen Beziehungen Rumäniens zu Bulgarien überschreitet und eng verbunden ist mit den letzten Ereignissen in der Außenpolitik der Balkanstaaten.

König Boris besucht König Karl

König Boris von Bulgarien wird noch im Laufe des Monats Oktober zum Besuche König Karls nach Rumänien kommen. Der genaue Zeitpunkt des Besuchs ist noch nicht festgelegt.

Titulescu in Warschau

Der rumänische Außenminister Titulescu ist in Warschau eingetroffen und hatte eine längere Unterredung mit dem polnischen Außenminister Oberst Bed, worauf er vom Staatspräsidenten in längerer Audienz empfangen wurde. Titulescu zu Ehren wurde ein Festmahl veranstaltet, an dem außer den Regierungsvertretern auch der Generalstabschef, der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium und der Leiter der polnischen Militärflieger teilgenommen haben.

Nach Ansicht diplomatischer Kreise bezweckt die Reise Titulescus nach Warschau in erster Linie eine Vereinigung der polnisch-rumänischen Gegensätze, die sich im Hinblick auf die ungelöste bessarabische Frage aus dem Abschluß des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes ergaben.

Der politische Sonntag — Die Georgisten in Târgovişte

In Târgovişte fand eine Sitzung der Komitatsorganisation der Georgisten statt. George Bratianu führte den Vorsitz. Im Laufe der Sitzung erklärte er, daß alle vergänglichen Kombinationen, die den Interessen der Partei nachteilig gewesen wären, abgelehnt habe. Und Partei, so führte der Redner aus, kämpft nicht für die Sturz der Regierung, sondern für den Erfolg für die Erhebung durch Fähigkeit und Arbeit. Im Hinblick auf die Vorsitzenden der übrigen Parteien, die ihre Verfassung zur Macht verlangen, erklärt Bratianu, es sei die Pflicht der Krone, im Interesse des Staates, diejenige Partei zu berufen, die das Land verlange.

Von der Versöhnung Baidas mit Maniu hängt das weitere Schicksal der national-zarunistischen Partei ab

Die bulgarische Presse befaßt sich noch immer sehr lebhaft mit der Sitzung der Exekutive der national-zarunistischen Partei und fügt hierzu die Bemerkung, daß das Schicksal der Verlängerung des Parteiregimes von der Versöhnung Baidas mit Maniu abhängt, was durch die letzten gemachten Äußerungen des Ministerpräsidenten, worin er sich als den besten Freund Manius ausgab, stark erleichtert wurde. Die Versöhnung der zwei Staatsmänner ist heute ein Staatsinteresse geworden.

Die Verteidiger selektis fechten die Kompetenz des Militärgerichtes an

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Appellationsverhandlung des Selekti-Prozesses, haben die Verteidiger Radu-Rosetti, Basilu-Cluj, Virgil Mora und General Dabija Erlaubnis zum Besuche Selektis im Militärgefängnis erhalten. Die Verteidiger erklärten ihrem Schicksal, daß sie in der Appellationsverhandlung die Zuständigkeit des Militärgerichtes anfechten werden. Laut hauptstädtischen Blättermeldungen wird auf Grund der vom Heeresministerium eingeleiteten Untersuchung die Appellationsverhandlung des Selekti-Prozesses reich an Sensationen sein.

Oesterreich

Im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen den Attentäter Bertil, der das Attentat auf Bundeskanzler Dr. Dollfuß verübte, sind nun insgesamt von der Wiener Polizei 10 Personen verhaftet worden, die entweder Familienangehörige oder Bekannte des Attentäters sind. So wurden auch der Ziehvater Bertils, Dr. Raimund Günther, und die eigentlichen Eltern des Attentäters, die in einem kleinen Dorf in Ober-Oesterreich wohnen, festgenommen. Wie die Polizeibehörden erklären, liegt dem Attentat insofern politischer Charakter zugrunde, als angeblich erwiesen worden ist, daß Bertil das Attentat auf Anstiftung seines Ziehvaters Dr. Günther, angeblich eines bekannten Nationalsozialisten, verübte habe.

Bekanntlich soll demnächst die neue österreichische Verfassung, die zu ihrem Begründer den Bundeskanzler selbst hat, in Kraft treten. Die neue Verfassung sieht eine

Veranstaltung und Geschäftsstelle:
Bistritz, Eisenbahnstation, Hauptpostamt
in der Verwaltung. — Der Raum einer einseiti-
gen Bistritz ist bei 8. — bei öfteren
Erfinden Bistritz. — Geschäftsstelle werden
nicht zurückgekehrt.

Bistritz

Deutsche Zeitung

Organ für völkische Interessen.

Gazeta germană din Bistrița

Redacția, Administ.

Gemeinsame Ausgabe der „Bistritzer Deutschen Zeitung“ und der „Sächsisch-Regener Nachr.“

Ercheint jeden Dienstag und Freitag

25. Jahrg., 75. Nummer

Bistritz-Bistritz, Freitag, den 1. Oktober 1937

Verantwortlicher
Schriftleiter

Gustav Zittel

Klarheit und Wahrheit

Es ist uns schon wiederholt zu Ohren gekommen, man verdächtige die Bistritzer Deutsche Zeitung damit, daß sie insgeheim mit der DHR sympathisiere, ja daß sie durch ihre an der jetzigen Führung untrer Volkspolitik geübte Kritik bewußt das Wasser auf die Mühle der Gruppe um Bonfert-Gust zu treiben trachte. Wir geben gerne zu, daß die in der letzten Zeit veröffentlichten Artikel nicht gerade viel Schmeicheles für den „an der Macht“ befindlichen Zwillingenbruder seiner Gruppe übrig hatten, aber das war auch nicht ihr Zweck. Wir sind es vielmehr der Wahrheit schuldig, offen und ehrlich zu bekennen, daß es in einer Zeit, wo wir recht befehen eigentlich schon längst nur noch eine Parteipresse haben, das publizistische Verantwortungsbewußtsein des Herausgebers untrer wenn auch nur kleinen Zeitung allerdings nicht mehr zuließ, das Brodeln des politischen Hexen- kessels noch länger schweigend und untätig mitanzusehen, in dem jetzt alles zerstört und zerbröckelt und zu einem trüben Brei der Selbstauflösung zerfließt wird, was einst den reglamen Organismus eines im allgemeinen doch noch gesunden, lebensfähigen Volkstörpers darstellte.

Wir können nichts dafür, daß die Weltfremdheit einer scheinbar jeden natürlichen Augenmaßes ermangelnden Volksführung durch ihr Tun und Lassen die schärfste Kritik geradezu herausgefordert hat. Es geht doch nicht an, daß auch die letzten Reste politischen Kapitals, über die unser gequältes Volk noch verfügt, verpulvert und vergeudet werden, ohne daß sich eine Stimme dagegen erhebt. Denn von der „gleichgeschalteten“ Presse ist diesbezüglich kaum mehr etwas zu erwarten, und was der „feindliche Bruder“ darüber spricht und schreibt, hat aus naheliegenden Gründen zu wenig Kredit. Da müssen wir schon, als völlig Unabhängige und durch nichts, als durch unser politisches Gewissen Gebundene, die undankbare Mähe auf uns nehmen zu sagen, was ohne Schaden nicht mehr verschwiegen werden kann. Und wir werden, darüber mag man sich im klaren sein, die einmal bezogene Stellung auch nicht mehr aufgeben und nicht eher raffen und ruhen, bevor in untrer jammervollen volks- politischen Lage nicht eine sichtlich Veränderung zum Besseren eintritt, d. h. in ihren verfehlten Methoden und ganz unmöglichen Zielsetzungen nicht gründlich Wandel geschaffen sein wird.

Trotzdem aber: die Bistritzer Deutsche Zeitung damit zu verdächtigen, daß sie mit der DHR gemeinsame Sache machen wolle, ist denn doch etwas stark und völlig abwegig. Das hieße ja nichts anderes, als daß sie den Teufel mit Beelzebub auszutreiben versuchte. Nein, man lasse sich's, falls man's noch immer nicht begriffen haben sollte, ein für allemal gesagt sein: die Bistritzer Deutsche Zeitung und der kleine oder größere Kreis bekennnis- treuer Volksgenossen, der sich zu ihren engern Mitarbei- tern zählt, der aber glaubt, daß er im Namen und stillen Auftrag vieler Tausende, jedenfalls aber aller Klar- denkenden und durch Parteivoreingenommenheit noch nicht Verblendeten unter uns spricht und schreibt, macht im Grunde genommen zwischen der sogenannten Volkspartei und der jetzigen Volksführung mit ihrem Anhang, länger gesagt zwischen Gultianern und Fabritianern, gar keinen Unterschied. Wir wollen nicht etwa zwischen zwei Uebeln das kleinere wählen, weshalb wir uns auch gar nicht den Kopf darüber zerbrechen, welches das kleinere Uebel sei, wir lehnen vielmehr beide Uebel ab, weil wir das eine genau so wie das andere für untragbar halten. Für uns sind die beiden Fraktionen ein Zwi- lingsbrüderpaar, das, von der gleichen Mutter Partei geboren, eben dieser seiner Herkunft nach, weder einzeln noch zusammen, durch sein Dasein erfreut.

Denn es ist und bleibt eine unerschütterliche Grund- sätze untrer Auffassung von den Zusammenhängen säch- sischer Volkspolitik, gerade auch mit Rücksicht auf etwa notwendig gewesene und daher wünschenswerte „Erneue- rung untrer Volkes an Haupt und Gliedern“: der Ver- such, diese Erneuerung durch Parteigründung in die Wege zu leiten, war das Übersüßigste, unbedachteste und ver- fehlteste Beginnen, das jemals als Mittel für Ziel und Zweck untrer Volkspolitik ausgeheckt werden konnte. Wenn Parteien kann man gründen zur Erklämpung äußerer Machtmittel, um sodann, nach ihrer In- besitznahme, durch Macht zu ordnen und zu regieren und durch die praktischen Ergeb-

nisse der Neuordnung schließlich zu über- zeugen, nicht aber, um Seelen nach einem leeren Raum hin auszurichten in der Ver- achtung und Verunglimpfung dessen, was ihnen bis dahin heilig und die politische Kraftquelle historischen Werdens eines Volkes war. Wer solches versucht, ist ein Fantast ohne jeden realen Boden unter den Füßen; sein Beginnen bleibt im besten Fall politische Stänperei, kann aber für die Gemeinschaft auch gefährlich werden.

Die Parteigründung bei uns hat sich denn auch gleich von allem Anfang nicht bloß als schädlich, eine gesunde Erneuerung geradezu behindernd und ihr im Wege stehend und als ein Mittel erwiesen, durch das man höchstens scheinbar weitergekommen ist, sondern geradezu als Gift der Zerlegung und sie ist in der Folge die einzige Ursache der heutigen Zersplitterung der Kräfte, der Spaltung und politi- schen Ohnmacht untrer Volkes geworden.

Das ist nicht nur unsere Meinung. Es war geradezu erschütternd für uns, als vor etlichen Wochen ein Außen- stehender, nämlich ein offiziell noch „uninformierter“ Reichsdeutscher, der aber Augen und Ohren offen hatte und „als Wilder“, d. h. zunächst aufs Geratewohl und selbständig, aus eigener Anschauung seine Studien unter uns machte und Erfahrungen zu sammeln sich bemühte, nach wochenlangem Hin- und Herreisen, Sehen und Hören, seine gewonnenen Eindrücke dahin zusammenfaßte: „Sehen Sie, bei uns im Reich hat die Partei ein Volk erweckt und eine Gemeinschaft, die Sie immer gehabt und um die wir Sie noch vor wenigen Jahren beneidet haben, geschaffen, bei Ihnen aber hat die Partei eine bestehende Gemeinschaft, ein wirkliches Volk zerstört.“

Muß es einem da nicht schier das Herz verbrennen, kann man überhaupt einen heileren Wunsch im Herzen tragen, als daß alles, aber auch wirklich alles, was mit diesem alles zersetzenden Krebsgeschwür an untram Volkstörpers, der Parteigründung und ihrem zweigepal- tenen Fortbestehen im Zusammenhang steht, endlich aus- gebrannt und weggelöst werde? Damit wir wieder zur alten Geschlossenheit gelangen, in den Schoß der frü- heren, jetzt nur noch als Rahmen bestehenden wirkli- chen Volksgemeinschaft zurückzufinden? Warum sollte das nicht möglich sein? Es führen verschiedene Wege nach Rom. Einen davon wollen wir schon hier aufzeigen, über andere behalten wir uns vor, vielleicht schon in den nächsten Folgen dieses Blattes zu sprechen.

Für den ersten und einfachsten, freilich auch radi- kalsten Weg, der zur Befriedung führen müßte, halten wir den, daß alle diejenigen, die durch die Partei „an die Macht“ gelangt sind und heute an der Spitze untrer politischen Volksorganisation stehen, soviel Objektivität zur Selbsteinsicht aufbringen, sich endlich zu sagen, daß sie geirrt haben und falsche Wege gegangen sind (so wie der frühere Volksratspräsident Dr. O. J. Jidell mit schönem Bekennermut als Mann von Ueberzeugung und Verantwortungsbewußtsein das getan hat) und folgerich- tigerweise, als Ausfluß wirklichen Verantwortungsbewußt- seins, das wir von ihnen zu fordern ein Recht haben, es aber sich gewinnen, zurückzutreten und an- deren Platz zu machen, die mit den bösen Auswirkungen der Parteigründung und überhaupt der parteimäßigen Führung der volkspolitischen Geschäfte nicht belastet sind. Das bedeutet — wir sind uns natürlich völlig klar darüber — ein Zurückschrauben der auf abwegige Bahnen geratenen, bloß künstlich forzierten, volkspolitischen Ent- wicklung etwa auf den Stand von 1930. Die Phrale von der Unmöglichkeit, „das Rad der Geschichte zurück- zudrehen“, können wir in unserem Falle ruhig beiseite lassen, denn es war nicht „Geschichte“, was bei uns in den letzten Jahren gemacht wurde, es war — vielleicht aus gutem Glauben — ein Herumtappen auf Irrwegen, die niemals ins Licht fruchtbar werdender Geschichte herausführen können. Es gehört bloß guter Wille, Be- kenneerut und — allerdings die nötige Selbsterleug- nung dazu. Aber wir sind berechtigt, diese Selbsterleug- nung von denen, die es angeht, zu fordern. Denn im Grunde genommen wäre sie bloß der Verzicht auf usurpierte moralische Rechte, insofern nämlich, als diejenigen, die jetzt die zweifelhaften persönlichen Früchte

der total mißglückt aufgelegenen Erneuerungsbewegung für sich monopolisieren zu dürfen glauben, gar nicht die Erfinder dieser vielgepriesenen, aber völlig auf Abwege geratenen Erneuerungsbewegung sind.

Denn die richtige Erneuerungsbewegung, wie sie eingestandenemachen und dokumentarisch nach- weisbar noch vor etwa sieben Jahren in die Wege geleitet werden wollte, geht nicht auf Fritz Fabritius zurück. Sie wurzelt vielmehr in der „Tagung sächsischer Volksgenossen aller Stände und Siedlungsgebiete, die am 7. Juni 1931 in Hermannstadt stattgefunden hat.“ Diese verlief unter dem Vorsitz von Alfred Pomarius und war von acht Volksgenossen, darunter allerdings auch Fritz Fabritius, einberufen worden, und es hatten sich an ihr 144 Siebenbürger Sachsen, je einer auch aus Bukarest und Jassy, beteiligt. Man stand unter dem Druck der damals recht wohl als verbesserungs- bedürftig empfundenen innerpolitischen Verhältnisse und man suchte nach Mitteln und Wegen zur Unab- hängigkeit einer wirklich wünschenswerten, aber bloß im Rah- men des Möglichen und Vernünftigen, durchaus auf bodenständiger Grundlage sich bewegenden Erneuerung, sowie sie sich an unsere volkspolitische Vergangenheit hätte anknüpfen lassen, ohne die Grad- linigkeit untrer Fortentwicklung als durch die Geschichte gewordenen Volk zu gefährden. Die Hauptreferate lieferten in der Versammlung Jidell, O. J. Jidell, E. Wittstock und Gust; an der Aussprache darüber beteiligten sich viele der Anwesenden, es darf aber gesagt werden, daß laut offiziellem Bericht die Rolle, die Fritz Fabritius dabei gespielt, keine besonders hervor- stichende gewesen sein mag, dafür aber seine dort vorge- brachten Ausführungen reichlich phantastisch anmuten. Hervorzuheben ist übrigens, daß wir unter den bei jener historischen Tagung Anwesenden auch die Namen heute sehr gewichtiger sogenannter „Einheitsler“ oder konser- vativer Volksgenossen finden.

Fabritius stand damals mitten in der aufgefächerten Jugendbewegung, und was er auf diesem Gebiete — allerdings vor der unglückseligen Verpolitisierung untrer Jugend — geleistet hat, soll ihm unvergessen blei- ben, weil es als im Geiste der Zeit gelegen dankens- und aner kennenswert war. Zum „Politiker“ hat er sich erst später, nämlich in dem Augenblicke aufgeschwungen, als ihm der nischere Boden seiner sogenannten Selbsthilfe- bewegung unter den Füßen zu entgleiten begann. Er hatte diese mit viel Idealismus, aber in phantastischer Unbekümmertheit um das — auch für normale Verhält- nisse sicher voraussetzbare — Ende ins Leben gerufen. Der Grundfehler war nämlich der, daß das ganze Ge- bäude der „Selbsthilfe“ eigentlich für eine Reihe von Jahren auf einer Art Lawinenhölzern beruhte, das nur zu leicht, an der Peripherie, von selbst zum Stillstand kommen kann. So geriet die Bewegung denn auch tat- sächlich, mittelbar natürlich auch zufolge der allgemeinen Krise, alsbald ins Stoden.

In der Folge schied Fabritius seine Aktion in zwei Teile, nämlich die wirtschaftliche (Selbsthilfe) und die rein politische sogenannte Erneuerungsbewe- gung, die sich alsbald zu einer regelrechten, intoleranten, dem Phantom der „Totalität“ nachjagenden Partei auswuchs. Daß der unmögliche Gedanke dieses abenteuer- lichen Totalitätsanspruches heute weiter als je von seiner Verwirklichung ist, liegt klar am Tage; was dieser Wahn- sinn der Parteigründung aber unser Volk gekostet hat, das läßt sich noch gar nicht abschätzen.

Als Postituum können wir, bei einigem guten Willen, immerhin der Partei eines buchen, was aber nötigenfalls auch ohne sie zustande gekommen wäre, zum Teil wenigstens schon längst hätte zustande kommen sollen und wofür wir uns selber, schon vor 18 Jahren, mit untrer Forderung nach dem nationalen Ka- talster eingelegt haben: es ist dies eine sehr ernste Sache, nämlich die Landesarbeitsstelle für Statistik, Be- völkerungspolitik und Sippenwesen, die geradezu den Anlaß zu einer Art sächsischer Akademie für innerpolitische Kultur- und Wirtschaftspolitik in sich birgt. Es verschlägt dabei nichts, daß die respektable programmatische Rah- mengebung und noch mehr die methodische innere Aus- gestaltung der genannten Arbeitsstelle nicht so sehr der Partei, als vielmehr der Geschicklichkeit und Sachkenntnis ihres geistig hochstehenden eigentlichen Begründers und Leiters zuzuschreiben ist.

Kurz zusammenfassend, was wir in unseren obigen Ausführungen gesagt oder wenigstens angedeutet haben:

die Gründung der Nationalsozialistischen Partei bei uns war nicht nur überflüssig und vorübergehend schädlich, sie war eine Verleumdung gegen den heiligen Geist unserer Vergangenheit und gegen alle in unserem Volksscharakter gegebene Entwicklungsmöglichkeit gesunder, bodenständiger Volkspolitik. Deshalb soll und muß die Partei, d. h. es müssen beide Fraktionen verschwinden. Und abtreten müssen auch diejenigen, die sie gegründet und, offen oder getarnt, auch heute noch aufrechterhalten.

Unsere Volkspolitik hat dort wieder anzuknüpfen, von wo sie, am 7. Juni 1931 gelegentlich der Beratung

sächsischer Volksgenossen in Hermannstadt, zu natürlicher Erneuerung zu starten sich anschickte. Dies umsomehr, als es ja mit das Verdienst jener 144 Männer und ihrer Tagung war, daß im Wege einheitsvollen Kompromisses „das Volksprogramm der Siebenbürger Sachsen vom 31. Oktober 1933“ geschaffen und beschlossen werden konnte, das alle Vorbedingungen zur Anbahnung und Durchführung jener artgebundenen Erneuerung enthält, die zum gesicherten Fortbestand unseres Volkes notwendig und ausreichend sind.

Carl H. Hallner.

Mussolini in Deutschland

Der Höhepunkt des Mussolinibesuches in Deutschland war die Rundgebung auf dem Markfeld und der Zapfenstreich im Stadion zu Berlin. Wie im Vorjahr der Beginn der Olympiade, so wurde die alles bisherige Maß übersteigende Rundgebung von den feierlichen Klängen der Olympiade eingeläutet. Drei Millionen Menschen konnte Reichs- und Propagandaminister Dr. Goebbels melden, die im olympischen Stadion und auf den Vorplätzen des Reichssportplatzes, und dazwischen auf den Anfahrtsstraßen von der Wilhelmstraße bis zum Reichssportplatz dem historischen Akte beizuwohnen. Es ist etwas ungeheures, was die Technik unserer Tage zu leisten vermag, wenn man bedenkt, daß außer den Anwesenden jeder Mensch in Deutschland und Italien, ja — theoretisch eigentlich die ganze Welt durch Lautsprecher und Rundfunk im gleichen Augenblick, als in der deutschen Reichshauptstadt das hochpolitische Ereignis sich vollzog, dieses durch die Vermittlung der Wellenwellen miterleben konnte. Hitler selbst bezeichnete den Abend nicht mehr als „Volksversammlung“, sondern als eine Völkerrundgebung, an der sich zwei große Nationen, die deutsche und die italienische, mit ihren 115 Millionen Menschen beteiligten. „Der tiefste Sinn dieser Völkerrundgebung“, hieß es weiter, „ist der aufrichtige Wunsch, unseren Völkern jenen Frieden zu garantieren, der nicht der Lohn einer entlagenden Freiheit, sondern das Ergebnis eines verantwortungsbewussten Sicherns unserer völkischen, seelischen und leiblichen sowohl als unserer kulturellen Substanzen und Werte ist. Damit glauben wir aber auch jenen Interessen am besten zu dienen, die über unsere beiden Völker hinaus eigentlich die Interessen von ganz Europa sein müssen. Aus der Gemeinsamkeit der faschistischen und der nationalsozialistischen Revolution ist heute eine Gemeinsamkeit nicht nur der Ansichten, sondern auch des Handelns gekommen.“ Und endlich: „Jeder Versuch aber, eine solche Völkergemeinschaft durch gegenseitiges Auspielen, durch Verdächtigung oder durch die Unterstellung unwahrer Ziele auseinanderzubringen oder aufzulösen zu wollen, wird ebenso scheitern an dem Wunsch der 115 Millionen, die in dieser Stunde diese Rundgebung der Gemeinschaft bilden, wie aber besonders am Willen der beiden Männer, die hier vor Ihnen stehen und zu Ihnen sprechen.“

Und dann sprach Mussolini. Er sagte nach kurzer Einleitung: „Die Tatsache, daß ich heute nach Deutschland gekommen bin, bedeutet nicht, daß ich morgen wo anders hinfahren werde. Der ganzen Welt, die sich gespannt fragt, was das Ergebnis der Begegnung von Berlin sein werde, Krieg oder Frieden, können wir beide, der Führer und ich mit lauter Stimme antworten:

Frieden! Die Freundschaft zwischen Deutschland und Italien, begründet auf der Gemeinsamkeit des nationalen Gedankens, habe sich bewährt in den schwersten Stunden Italiens, als 52 Nationen durch sogenannte Sanktionen ihm in den Arm fallen wollten, um es an der Erwerbung neuen Lebensraumes zu verhindern. Denn „trotz allen Drängens hat Deutschland sich den Sanktionen nicht angeschlossen. Wir werden das niemals vergessen. Dieses ist der Punkt, an dem zum erstenmal ganz deutlich das Vorhandensein eines notwendigen Zusammengehens zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien in die Erscheinung tritt. Das, was man nunmehr in der ganzen Welt als die Achse Rom—Berlin kennt, ist entstanden im März 1935 und sie hat in den letzten zwei Jahren für immer stärkere Annäherung der beiden Völker aneinander wie für die wachsende politische Stärke des europäischen Friedens großartig gearbeitet. Der Faschismus hat seine Ethik, der er treu zu bleiben beabsichtigt und sie deckt sich mit meiner persönlichen Moral: Klar und offen reden und wenn man einen Freund hat, mit ihm zusammen bis ans Ende marschieren. Diese Gemeinsamkeit der Gedanken in Deutschland und Italien hat ihren Ausdruck gefunden im Kampf gegen den Bolschewismus, die moderne Form finsterner byzantinischer Gewaltherrschaft, jene unerhörte Ausbeutung der Leichtgläubigkeit der niederen Massen, jene Hunger-, Blut- und Sklavenregime. Diese Form menschlicher Entartung, die von der Rasse lebt, hat der Faschismus nach dem Krieg mit äußerster Energie bekämpft, mit den Worten und mit der Waffe. Denn wenn das Wort nicht ausreicht und wenn drohende Umstände es fordern, muß man zur Waffe greifen. So haben wir es auch in Spanien gemacht, wo Tausende von faschistischen Freiwilligen gefallen sind für die Rettung der europäischen Kultur, der Rasse, die noch eine Wiedergeburt erleben kann, wenn sie sich von den fälschlichen lägerischen Götzen von Genf und Moskau abhebt und sich den leuchtenden Wahrheiten unserer Revolution zuwendet. Kameraden! Ich komme zu Ende. Wir und Ihr machen außerhalb unserer Landesgrenzen keinerlei Propaganda in gewöhnlichem Sinne des Wortes, um Anhänger zu werben. Wir glauben, daß die Wahrheit selber genug Kraft besitzt, um überall hindurchzudringen und daß sie schließlich siegen wird. Das Europa von morgen wird faschistisch sein durch den logischen Zwang der Ereignisse, nicht aber durch unsere Propaganda. 20 Jahre sind es her, da Euer großer Führer den Ruf zur Erhebung in die Massen schlug, der zum Schlachtruf des ganzen deutschen Volkes werden sollte: Deutschland erwache! Deutschland ist erwacht.“

und schließt bedeutungsvoll mit den Worten Harnacks: „Haltet Euch vor dem Rausch der Worte.“

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Bistriker Mädchen in einfacher, schmucker Kleidung das Austragen der Speisen rasch, geschickt und strahlenden Auges besorgten. Dafür sei ihnen gedankt.

Im Garten des Gewerbevereins lurrte und summt unterdessen und später eine Hammermühle als treue Gehilfin des Landmannes bei der Futterzubereitung. Die Maschine war ausgestellt von der immer mehr sich erweiternden Maschinenfabrik Kieger-Hermannstadt. Hoffentlich hat sie so einschmeichelnd gesummt und so gut gemahlen, daß sie bald auch auf unseren Bauernhöfen summt und arbeitet und mit Luzernmehl, Kleeheumehl, Getreideschrot die Tierfütterung gewinnbringend gestaltet.

Am Nachmittag veranstaltete der Bistriker Turnverein einen Wettkampf im Völkerball. Es fanden Wettspiele zwischen dem BTV und der Gemeinde Baierdorf statt, die gut besucht waren und von familiären Zuschauern mit großem Interesse und Beifall verfolgt wurden.

Ergebnisse: Das Spiel BTV (M. Mannschaft)—Baierdorf-Burschen gewann der BTV; das Spiel BTV (B. Mannschaft)—Baierdorf-Burschen gewannen die Baierdorfer; das Spiel BTV-Mädchen—Baierdorf-Mädchen gewann BTV.

Die Baierdorfer Burschen und Mädchen waren in der neuen, schmucken Turnkleidung angetreten und haben durch ihre Spielweise gezeigt, daß das Völkerballspiel ein herrliches Rasenspiel für unsere Landjugend ist.

Baierdorf hat, trotzdem es nur ein Spiel gewonnen und zwei verloren hat, sehr ehrenvoll abgeschnitten, die Burschen und Mädchen haben es durch eisernen Fleiß zu beachtenswerten Ergebnissen gebracht und auch die unterlegenen Spiele mit nur ganz knappen Ergebnissen verloren. Von der Burschenmannschaft hob sich besonders Michael Haner 71 und von den Mädchen Anna Thomae 77 und Katharina Groß 16 durch gutes Spiel hervor.

Es ist Lehrer Johann Schneider-Baierdorf in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, auch die sportliche Betätigung der Jugend auf dem Lande in beachtenswerter Weise zu fördern und sich große Verdienste auf diesem Gebiete zu erwerben.

Den Rest des Tages bis Mitternacht füllte als letzte Veranstaltung der Tagabend der Jugend aus, wo Stadt und Land in Jugendfreunde im Tanze sich vereinigte. Als ich in einer Tanzpause durch den heißen Saal schritt, erlangte die Landsknechtstrommel zu dem Rufe: „Junge, komm mit.“ Und die Jungen waren alle da. Und ich bedauerte sehr, daß zur Haupttagung in der Kirche nicht auch so ein erfolgreicher Zauberkraft wirksam werden konnte und unsere Bauern in Scharen angezogen und die Tagung zur wirklichen Bauernversammlung gemacht hätte.

Vielleicht ist die reiche Dürftigkeit daran schuld, für welche man den Sonntag verwendete. Und es wäre böse, wenn aus anderen Gründen unser Bauer ausgeblieben wäre.

Nachricht. Den Bericht über die Obst-, Trauben-, Wein- und Gemüseaussstellung, die Prämiation, sowie den Bericht über die Schau sächsischer Trachten und weiblicher Handarbeiten bringen wir in der nächsten Nummer. Die Schriftleitung.

Tagung des Siebenb.-sächs. Landwirtschaftsvereins in Bistritz (Schluß)

Gemeinsames Mittagessen

Im geräumigen Saale des Gewerbevereins fanden sich an festlich geschmückten Tischen die meisten Teilnehmer der Hauptversammlung bei dem gemeinsamen Mittagessen wieder zusammen, empfingen von einem belebenden Marsche der Streichmusik; sie füllte auch später mit Eifer und Erfolg alle in der langen Reihe der Tischreden sich ergebenden Pausen aus.

Vereinspräsident H. Schöpp eröffnet den Reigen der Tischreden mit tief empfundener Erinnerung an die Bedeutung SM des Königs und der von ihm betrauten hohen Regierung. Diese Rede wurde stehend angehört.

Schriftführer Hubert Groß bringt die für die Haupttagung eingelaufenen Gruß- und Glückwunsch-Telegramme zur Verlesung und hat auch später mit der Anführung der Festredner viel zu tun.

Ortsobmann Oberst H. Zobel entbietet Gruß und Glückwunsch dem Landwirtschaftsverein als dem Träger des Fortschrittes, und seiner umsichtigen Oberverwaltung. Vereinsdirektor Fritz Connerich dankt für diesen Gruß. Sein Dank gilt aber auch den offenen Häusern der Bistriker, die die Gäste beherbergten, der Bistriker Kirchengemeinde für Ueberlassung der Stadtpfarrkirche, dem Bezirksfrauenverein für die Zusammenbringung der Trachtenschau und nicht zuletzt der Bistriker Bezirksverwaltung des Landwirtschaftsvereins für die Ermöglichung des Einbildes in die benedictuswerten Erfolge der hochstehenden Obstkultur des Nösergaues, vermittelt durch die reichhaltige und schöne Obst- und Traubenausstellung. Er bringt ein Hoch aus auf das entwicklungs-fähige Bürger- und Bauerntum des Nösergaues, daß Stadt und Land in wechselseitiger Wertschätzung sich immer mehr verstehen und ergänzen mögen.

Dr. Gustav Brall entbietet in Vertretung des Landesobmannes Fritz Fabritius dessen Gruß. Er weist auf die Bedeutung von Friede und Arbeit hin und knüpft daran seine eigentümlichen Auslegungen und Stellungnahme zu der Frage: Was ist Politik?

Dr. Fritz Solaträger dankt als Vorführer der Lehrerschaft für die Anerkennung der Pionierarbeit derselben im Obstbau. Er nimmt als Kreisobmann beifällig mit Einsetzung aller seiner stimmlichen Kräfte und mit bis zur Höchstgrenze gesteigerter Erregung Stellung zu dem schmerzlichen und lähmenden Vorwurf des sinkenden Landes. Entwicklungsströme heben wie Meeresfluten Wellentäler und Wellenberge und das ist unsere Zukunft, wenn unsere Städte die Dorfbewohner freileben. Und auch sonst im Sachsenland ist's nicht anders als in Bistritz.

Wanderlehrer Josef Schöbel knüpft an die Gedanken seines Vorredners an und ist voll Zuversicht. Durch Freude wird uns Kraft und die Freude am Rinde kann uns hoffnungsfroh machen.

Pfarrer Matthias Röde findet hinreichende Worte der Ermutigung. Mit beengendem Brüllen der Ueberzeugung schmettert er in den Saal: „Es gibt kein sinkendes Land. Das fromme sächsische Haus und das treue sächsische Heim halten die Quellen der Gesundheit unverlierbar gefaßt. Die schönsten Blumen, die schönsten Äpfel, das schönste Gemüse sind unsere Kinder. Und in diesem kirchlich gesinnten Heime ist die Frau Pflegerin und Mutter. Auf Haus und Heim erhebt er sein Glas.“

Kurator Johann Buchholzer-Kleinseuern spricht treffend über die Stellung der Bauern zum Landwirtschaftsverein und warnt vor Fer- und Abwegen und bösen Absichten, den Verein irgendwie und irgendwohin einzuschmelzen.

Kurator Johann Rähig-Seidenhof fordert zur Zustimmung des Liedes „Siebenbürgen, Land des Segens“ auf. Balsamgleich beruhigt sich unter dem Zauber dieser Melodie die Erregung.

Joh. Schmedt-Mittersdorf würdigt die Ausstellung und ihre Mitarbeiter in Reimen und bringt ihr ein „Heil“.

Präsident Schöpp ergreift das Schlußwort, hebt die Tafel auf und zwingt damit den entseelten Redestrom zur Ruhe. Er dankt herzlich allen Rednern

Die Milliardenwerte der deutschen Milchwirtschaft

Nur die wenigsten können sich eine genaue Vorstellung von den Milliardenwerten machen, die die deutsche Milchwirtschaft jährlich erzeugt und umsetzt. Aus diesem Grunde dürften die aufklärenden Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Moritz vom Reichsernährungsministerium auf einem Presseempfang am 14. Juli in Berlin über die deutsche Milchwirtschaft machte, von allgemeinem Interesse sein. Nach dem Bericht des WPD führte Dr. Moritz u. a. folgendes aus:

Den Wert der deutschen Milcherzeugung kann man auf rund 3 Milliarden RM veranschlagen. Das ist rund eine Milliarde mehr als der Produktionswert der gesamten deutschen Rohleerzeugung in Höhe von rund 2 Milliarden RM und ein Vielfaches des Produktionswertes der deutschen Rohleerzeugung mit 660 Mill. RM. Deutschlands Milchwirtschaft spielt zudem international eine besondere Rolle. Wir sind nicht nur mit einem Milchviehbestand von rund 10 Millionen Kühen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika der größte Milchproduzent aller Kulturnationen, sondern außerdem auch noch nach England der größte Abnehmer von Butter und Käse am Weltmarkt. Das dadurch bedingte Interesse der in der zweiten Hälfte des August zum 11. Weltmilchkongreß in Berlin zusammentreffenden Milchwirtschaftler der Welt an Deutschland wird noch außerordentlich erhöht durch die Maßnahmen, die das nationalsozialistische Deutschland zur Ordnung der Milchwirtschaft seit dem Umbruch im Jahre 1933 ergriffen hat. Unsere Marktordnung machte es nicht nur möglich, die Erträge der Erzeuger zu verbessern, sondern wir haben gleichzeitig auch die Preise für Milch und Butter stabilisiert. Butter kostet bei uns jetzt unverändert seit dem Herbst des Jahres 1934 in der besten Qualität 1.60 RM je einhalb Kilogramm, d. h. sogar etwas weniger als im Durchschnitt der letzten drei Jahre vor der Währungsreform. Auch die Trinkmilchpreise sind für den Verbraucher seit 1933 auf einer Höhe stabilisiert worden,